

## Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 22.00 Uhr

Anwesend waren:

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

**SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

I. Bürgermeisterin Lina Meyer

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Hans Abels (bis 21.05 Uhr)

Ratsherr Dieter Dilling

Ratsherr Reinhard Docter

Ratsfrau Herta Everwien

Ratsherr Hans Grigull (bis 21.15 Uhr)

Beigeordnete Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Ratsfrau Inge Hoffmann (bis 20.20 Uhr)

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter (bis 21.25 Uhr)

Ratsherr Johann Südhoff

Ratsherr Johann Wessels

Ratsherr Richard Woldmer

**CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz (bis 21.50 Uhr)

Ratsherr Reinhard Hegewald

Ratsherr Uwe Hellmann (bis 21.00 Uhr)

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

Ratsfrau Sieglinde Kaune

Ratsherr Nils Köhler (bis 19.30 Uhr)

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Werner Vollprecht

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ratsherr Bernd Renken  
Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders  
Ratsherr Günter Strelow  
Ratsherr Hermann Züchner

(bis 21.15 Uhr)

### **F.D.P.**

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Ratsherr Erich Bolinius

### **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Ludwig Hemken  
Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadtrat Ewald Fürst  
Städt. Direktor Heinz-Bernhard Schmidt  
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

ca. 45 Zuhörer  
Vertreter der örtlichen Presse

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

**Herr Dr. Kleinschmidt** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

**Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Dr. Kleinschmidt** teilt mit, die Vorlagen 13/592 (TOP 14), 13/683 (TOP 15) sowie 13/684 (TOP 17) würden zurückgezogen und zusammengefaßt unter TOP 16 mit der Tischvorlage 13/683/3 behandelt.

TOP 24 Vorlage 13/709 "Nahverkehrsplan der Stadt Emden" werde heute abgesetzt.

Der Mißbilligungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.11.1998 zum Thema Müllgebühren werde zusätzlich als TOP 26 b) auf die Tagesordnung gesetzt.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Punkt 3:** Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.07.1998

**Beschluß:** Die Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.07.1998 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

---

Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 17.09.1998

Anm. d. Protokollf.:

Auf Seite 11 muß es im 5. Absatz richtig heißen: Sozialistengesetze.

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 17.09.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/9/4  
Umbildung von Ratsausschüssen

Beschluß: Der Rat stellt die nachstehend aufgeführten Ausschußumbesetzungen fest:

1. Jugendhilfeausschuß (beratendes Mitglied)

Frau Dagmar Blössl für Frau Carola Eilers

2. Krankenhausausschuß (beratendes Mitglied)

Herr Johann Janssen für Herrn Rohlf Jansen

3. Sozialausschuß (beratendes Mitglied)

Frau Elfriede Wilts als Vertreterin für Herrn  
Lennart Wewer

4. Stadtplanungsausschuß (beratendes Mitglied)

Herr Reiner van Hoorn für Herrn Dieter Dilling

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/568/1  
Mitgliedschaft in der Delegiertenversammlung zum Seniorenbeirat

Beschluß: Der Bürgerverein Petkum e. V. wird in das Verzeichnis der in der Altenhilfe tätigen Organisationen, Einrichtungen und Dienste (§ 5 Abs. 1 Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates in der Stadt Emden) aufgenommen.

Ergebnis: einstimmig

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Punkt 7: Vorlage 13/712  
Verwaltungsreform bei der Stadt Emden;  
Neuorganisation der Stadtverwaltung

**Herr Brinkmann** führt aus, der Rat habe am 04.12.1997 den Grundsatzbeschluß für eine Verwaltungsorganisation nach dem sogenannten Neuen Steuermodell der KGSt gefaßt. Inzwischen habe es bereits Veränderungen gegeben, die nunmehr fortgesetzt werden sollten, wie im einzelnen in der Vorlage dargelegt. Die Ratsfraktionen seien im Rahmen der Vorbereitungen mit einbezogen worden.

Er möchte den Rat herzlich bitten, die Verwaltung zu unterstützen und die Vorlage zu beschließen, weil es einen Reformstau in der Verwaltung gebe und die Mitarbeiter darauf drängten, klare Verhältnisse zu bekommen.

Nachdem es Irritationen bei der einen oder anderen Gruppe gegeben habe, sei am Dienstag nochmals eine Amtsleiterbesprechung durchgeführt worden, auf der er das von ihm vorgeschlagene Modell noch einmal erläutert habe, das dann auch ohne großen Widerspruch als Einstieg akzeptiert worden sei.

Im Laufe der Zeit müßten natürlich immer wieder Korrekturen vorgenommen werden, wenn das eine oder andere nicht so funktioniere. Emden stehe da nicht allein, denn es gebe keine Stadt in Niedersachsen oder in Deutschland, die ein für die Allgemeinheit gültiges Modell entworfen habe. Jeder müsse zunächst versuchen, das für sich bestmögliche Konzept zu erarbeiten, und da sei man in Emden auf gutem Wege. Die Ratsbegleitung werde auch weiterhin wichtig sein, zumal der Rat an der Umsetzung des Modells mitarbeiten und eigene Überlegungen einbringen müsse.

Aufgrund dieses Modells habe der Personalrat schriftlich mitgeteilt, daß er ab sofort wieder in der Lenkungsgruppe mitarbeiten möchte. Er bitte auch die CDU, sich dem anzuschließen und ebenfalls wieder einzusteigen.

**Herr Jahnke** berichtet, seine Fraktion habe sich am Dienstag sehr intensiv mit dem vom Oberbürgermeister vorgestellten Modell auseinandergesetzt. Es habe in einigen Punkten kontroverse Diskussionen gegeben, insbesondere hinsichtlich der Fachbereichsebene, wobei die Frage gestellt worden sei, ob es klug sei, Fachbereichsleiter zu installieren. Der OB habe dargelegt, daß er das Modell zunächst so einführen möchte, das in der Deko und mit den Amtsleitern so abgestimmt worden sei. Das Ganze werde als Start angesehen, wobei jederzeit noch Veränderungen möglich seien.

Seine Fraktion habe noch einmal Gespräche mit dem Personalrat geführt, und auch hier habe man den Eindruck gewonnen, daß seitens des Personalrates erwartet werde, daß jetzt etwas passiere. Es sei verabredet worden sowohl mit der Verwaltungsspitze als auch mit dem Personalrat, nach Einführung des Modells eine Manöverkritik durchzuführen. Dies gelte insbesondere auch hinsichtlich der Installation des Wirtschaftsförderers als Fachbereichsleiter, weil man die Befürchtung habe, daß dieser zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt sein werde. Auch hier werde eine ständige Kontrolle vorgenommen. Seine Fraktion sei der Meinung, daß dies ein guter Startschuß sei, und werde dem Modell heute zustimmen.

**Herr Bongartz** erklärt, seine Fraktion sei froh darüber, daß große Einigkeit erzielt worden sei. Bei dem Umbau einer Verwaltung von der Obrigkeitenverwaltung zur bürgernahen Verwaltung in einer Zeit, in der das Sparen angesagt sei und eine Neugliederung der Organisationsstrukturen anstehe, sei es wichtig, daß die Verwaltung sich auf breiter Basis absichere.

Viele Fragen hätten geklärt werden müssen, und lange Zeit sei es in der Lenkungsgruppe nicht recht weitergegangen. Umso mehr begrüße man es, wenn jetzt eine Lösung gefunden worden sei, und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

**Herr Renken** gibt folgende Erklärung ab:

"Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zu der heute vorliegenden Beschlußvorlage zur Neuorganisation der Stadtverwaltung im Vorfeld kritisch Stellung bezogen. Ich will deshalb heute noch einmal erläutern, aus welchen Gründen wir mit dem uns vorgelegten Modell nicht einverstanden sind.

Lassen Sie mich dazu einige Bemerkungen machen:

Erstens sind wir natürlich für die Umsetzung der Verwaltungsreform in Emden. Eine zügige Umsetzung ist bei allen Widerständen zwingend notwendig. Dies habe ich am 04.12. des vorigen Jahres erklärt, und meine Fraktion hat der Beschlußvorlage der Verwaltung, wenn auch mit Vorbehalten, zugestimmt. Bestandteil dieses Grundsatzbeschlusses war im übrigen, daß der Rat über den Fortgang der Neuorganisation regelmäßig zu unterrichten ist. Hier haben wir ein Defizit im letzten Jahr festgestellt.

Zweitens ist festzuhalten, daß § 62 Abs. 2 NGO dem Oberbürgermeister die Organisationshoheit überträgt. Damit ist die Geschäftsverteilung und die Organisationsgliederung seine Sache, und er trägt allein die Verantwortung für das Funktionieren und für die Einheitlichkeit des Verwaltungshandelns. Allerdings liegt die Richtlinienkompetenz beim Rat. Er ist gem. § 40 Abs. 1 berechtigt, die Geschäftsverteilung auf der Dezernentenebene und die Art der Verwaltungsstruktur festzulegen.

Und Drittens habe ich auch in den Gesprächen, die die Fraktionsvorsitzenden mit dem Oberbürgermeister geführt haben, betont, daß die Verwaltungsreform ein Prozeß voller Experimente ist. Dies kann, wenn man Neuland betritt, auch gar nicht anders sein. Deshalb ist es erforderlich, sich erstens bei anderen umzusehen, die schon Erfahrungen gemacht haben, und zweitens den Prozeß so zu gestalten, daß die Entscheidungen rückholbar sind.

Unsere Auffassung ist: Neue Informationen erfordern auch eine Neubewertung. Und diese hat den Vorrang vor einem Schnellschuß, für den wir angesichts der Ereignisse in den letzten Jahren auch Verständnis haben. Wir halten das Alternativmodell, das in der Verwaltung seit längerem diskutiert und mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle abgestimmt wurde, für geeigneter, der Verwaltungsreform den Schwung zu verleihen, den sie benötigt. Wir sind davon überzeugt, daß dieses Modell eher die erforderliche Akzeptanz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung finden wird.

Wir halten es für nicht optimal, unterhalb der Ebene des Kollegialorgans Verwaltungsvorstand eine neue, nach klassischem Muster gestrickte Hierarchieebene einzuführen. Auch in den Fachbereichen, deren Einführung wir ja begrüßen, ist eine kollegiale Führung aus den Reihen der Fachdienstleitungen möglich und sinnvoll.

Was die Wirtschaftsförderung angeht, so ist man noch nicht am Ende des Prozesses angelangt. Eines der Ziele, die wir in Emden verfolgt haben, war eine Integration von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Man wird im nächsten Jahr darüber diskutieren müssen, welche Organisationsform die richtige ist. Auf der Ebene der Fachdienste ist es mit Sicherheit keine endgültige Lösung.

Wir erklären Ihnen jedoch, auch wenn wir die Beschlußvorlage in dieser Fassung ablehnen werden, unsere Unterstützung bei der Einrichtung eines zentralen Steuerungsdienstes. Und wir werden Sie dabei unterstützen, wenn es um die Bewilligung zusätzlicher Mittel für die Aus- und Fortbildung geht. Ich erinnere daran, daß unsere Fraktion schon bei den Haushaltsberatungen 1998/1999 auf das Problem fehlender Mittel im Haushaltsplan aufmerksam gemacht hat."

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Herr Bolinius trägt für seine Fraktion folgendes vor:

"Wir sind uns nicht nur mit dem neuen hauptamtlichen Oberbürgermeister Alwin Brinkmann einig, daß die Verwaltung dringend modernisiert und die Strukturen und Abläufe umfassend und tiefgreifend neu organisiert werden müssen.

Diese Forderung haben wir seit Jahren erhoben, nicht nur in den jährlichen Haushaltsreden. Wir haben immer wieder auf gute Beispiele im In- und Ausland hingewiesen. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle in Köln (KGSt) hat das sogenannte "Neue Steuerungsmodell" erarbeitet. Der Emdener Rat hat bekanntlich in seiner Sitzung am 04.12.1997 darüber einen entsprechenden Grundsatzbeschuß gefaßt, der in dieser Vorlage noch einmal abgedruckt ist.

Wir sind zufrieden, daß nach jahrelangem Blockieren durch die Verwaltungsspitzen und Stillstand nun endlich ein Vorschlag auf den Weg gebracht worden ist.

Den Vorschlag, einen Verwaltungsvorstand zu installieren, halten wir für richtig. Diesen haben wir selbst in der Vergangenheit vorgeschlagen. Aber bei der nächsten Ebene haben wir schon unsere Bedenken. Wird hier nicht schon wieder eine zusätzliche Hierarchieebene geschaffen? Wir meinen: ja. Damit könnten wir unter Umständen noch leben, wenn wir wüßten, wie die weiteren Ebenen aussehen.

Aber mit einer Entscheidung können wir nicht leben, und zwar mit der Ansiedlung der vom Oberbürgermeister angekündigten Einstellung eines hochkarätigen Wirtschaftsförderers in dem Fachbereich: **Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung**.

Mit dieser Neueinstellung soll die Fehlentscheidung, die bei der Einstellung des bisherigen Amtsinhabers des Amtes für Wirtschaftsförderung Anfang des Jahres gemacht worden ist, kaschiert werden. Ich möchte hier noch einmal betonen, daß wir nichts gegen die Person des Herrn van Ellen haben. Er, der frisch von der Fachhochschule kam, kann nichts dafür, daß die damalige Verwaltungsspitze, nach Abstimmung mit dem seinerzeitigen ehrenamtlichen OB Alwin Brinkmann, so gehandelt hat. Daß der Oberbürgermeister aber auf unsere Rückfrage vor einigen Tagen gesagt hat, daß Herr van Ellen auch weiterhin Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung bleibt, hat uns verblüfft und doch sehr nachdenklich gemacht. Darüber muß an anderer Stelle noch geredet werden.

Auf die Wirtschaftsförderung und zu den Aussagen von Ratskollegen und Einordnung des neuen Wirtschaftsförderers möchte ich etwas näher eingehen. Und zwar aus guten Gründen, wie ich meine.

Ich zitiere hier zunächst einige Sätze aus einem Papier der in der SPD nicht unwichtigen Herren Hans-Dieter Haase, Gregor Strelow und Horst Jahnke vom 30.08.1996 aus dem Punkt 2.1.

### **Neue Organisationsform für die Wirtschaftsförderung in Emden**

"Eine effiziente Wirtschaftsförderung muß ziel- und erfolgsorientiert als Full-time-Job betrieben werden." "Die kommunale Wirtschaftsförderung muß **eigenständig** die Chancen, die der Standort Emden bietet, entwickeln, präsentieren und den potentiellen 'Kunden' anbieten." "Diese hier beschriebenen Zielinhalte bedeuten eine Abkehr von starren Dienstzeiten, hierarchischen Strukturen und langen Entscheidungswegen. Aus diesem Grunde sollte die kommunale Wirtschaftsförderung **nicht in die Verwaltung integriert** sein. Als Organisationsform könnte sich die Form des Eigenbetriebes oder die Rechtsform der GmbH anbieten, letztere vielleicht sogar unter Beteiligung privater Dritter (Minderheitsanteil)." Soweit Auszüge aus dem SPD-Papier.

Am 10.12.1997 sagt Helmut Bongartz (CDU) zur OZ:

## Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

"Wirtschaftsförderung darf nicht bei der Verwaltung angesiedelt werden. Andere Städte wie Osnabrück machen vor, wie es geht."

OZ vom 24.12.1997: "Bernd Renken (Grüne) sieht keine Zukunft in einem Amt und regte dabei eine interfraktionelle Diskussion an." Hinweis von mir: Im übrigen hat die Fraktion der Grünen in ihrem Antrag in der Ratssitzung vom 03.07.1997 ähnliches gefordert.

Am 31.10.1998 erscheint in der EZ ein Bericht mit der Überschrift "Seitenhieb auf OB. Emden SPD-Chef erwartet jetzt die große Lösung."

Zitate:

"Herr van Ellen war nicht der große Wirtschaftsförderer." "Vielleicht hat jetzt jemand gemerkt, daß er die Wirtschaftsförderung doch nicht allein bewältigen kann." Mit "er" ist OB Alwin Brinkmann gemeint.

Dann schreibt die EZ: "Aus Haase's Sicht müsse ein heutiger Wirtschaftsförderer **mehr Eigenständigkeit** bekommen und aus der Hierarchie der Verwaltung herausgenommen werden." "Er braucht möglichst freie Hand", sagte Hans-Dieter Haase.

OZ vom 07.11.1998:

Jahnke, Haase und Nicolaus Fontaine, Vorsitzender der SPD Arbeitsgemeinschaft Selbständiger, fordern eine große Lösung: "Es muß nicht mehr Chefsache sein," so Haase wörtlich und weiter **"Das Ziel ist eine eigene Gesellschaft."**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich habe Ihnen dies alles noch einmal aufgezählt, damit Sie unsere Position noch besser verstehen. Viele der maßgebenden Ratsmitglieder sind sich einig, daß ein Wirtschaftsförderer, der diesen Namen auch verdient, nicht in diese vorgesehene Hierarchie, in einem Amt mit mehreren Aufgaben, gestellt werden darf.

Wenn wir uns parteiübergreifend fast alle einig sind, daß ein Wirtschaftsförderer völlig anders angesiedelt werden und andere Kompetenzen haben muß, warum nehmen wir dann keine Änderung vor?

Die F.D.P.-Fraktion ist dafür, daß der neue Wirtschaftsförderer - möglichst in einer eigenen GmbH - völlig selbständig arbeiten kann. Er sollte nicht dem OB unterstellt sein! Wilhelmshaven hat - wie viele andere Städte auch - erst vor gut einem Jahr eine Wirtschaftsförderungs-GmbH gegründet. Und auch Wilhelmshaven ist gut damit gefahren. Anfang dieses Jahres haben wir eine öffentliche Veranstaltung zur Wirtschaftsförderung im Pelzerhaus durchgeführt. Die Vertreter der Wirtschaft haben sich damals bitterlich über die Wirtschaftsförderung in Emden beklagt. Es ist bisher nicht viel besser geworden, das wissen wir aus vielen Gesprächen, die wir fast täglich hierüber führen.

Es ist schade, daß in keiner **öffentlichen Sitzung** über die jetzige Vorlage beraten wurde. Nur im VA, der bekanntlich vertraulich tagt, wurde am letzten Montag darüber kurz diskutiert. Der Ausschuß für Wirtschaft, Hafen und Finanzen hätte sich hierzu unseres Erachtens bestens geeignet. Wofür ist er sonst da? Oder war das etwa Absicht, mit der Nichtbehandlung in öffentlicher Sitzung? Das wollen wir doch nicht hoffen, hat doch der neue OB mehr Transparenz versprochen!

Heute, in dieser Ratssitzung, ist eine Änderung sicherlich nicht möglich. Ich schlage jedoch namens der F.D.P.-Fraktion vor, nein, ich bitte darum, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen dieses Thema zu behandeln. Eventuell sollte eine interfraktionelle Arbeitsgruppe vorher hierüber beraten.

Abschließend bedanke ich mich namens meiner Fraktion bei dem Projektteam für die sicherlich nicht einfache Arbeit und für die jetzige Vorlage Nr. 13/712. Leider wurde das erar-

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

beitete Alternativmodell uns vom OB nicht offiziell gegeben, wir konnten uns dieses nur auf "konspirative" Weise besorgen, das ist sehr schade. Etwas mehr Offenheit hätten wir uns schon gewünscht. Gerade im Vergleich und in der Diskussion zwischen Verwaltung und den Fraktionen hätten wir die Vor- und Nachteile herausstellen können.

Wegen der unseres Erachtens falschen hierarchischen Einordnung des zukünftigen Wirtschaftsförderers, der unserer Auffassung nach zukünftig in der Stadt Emden eine herausragende Stellung einnehmen muß, wenn wir unter anderem den Wettbewerb mit anderen Kommunen nicht verlieren wollen, wird die F.D.P.-Fraktion dem Beschlußentwurf zur Verwaltungsreform nicht zustimmen, sondern sich der Stimme enthalten."

**Herr Brinkmann** wundert sich, wie leichtfertig Herr Bolinius mit dem Menschen van Ellen umgehe, obwohl er betone, daß es nicht gegen ihn gehe. Herr van Ellen sei dabei, all das, was hier angeführt werde, minuziös aufzuarbeiten, und sein Ruf sowohl bei der Bezirksregierung als auch in der Emdener Wirtschaft sei wesentlich besser als er hier skizziert werde. So wie er jetzt behandelt werde, zwingt man ihn dazu, seine Position zu überdenken, denn wer wolle von ihm noch ein Stück Brot haben.

Herr Brinkmann fährt fort, er habe nie gesagt, daß ein neuer Wirtschaftsförderer eingestellt werde. Das könne man auch der Presse so nicht entnehmen, sondern er habe gesagt, das, was er in den 12 oder 13 Jahren an Erfahrung gesammelt habe, solle jetzt umgesetzt werden. Es sei sein gutes Recht, dem Rat seine Gedanken vorzuschlagen, die dieser entweder akzeptiere oder nicht. Und seine Gedanken gingen dahin, daß er für den Bereich Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung einen Fachbereichsleiter haben wolle, der all das koordiniere, was bei jedem, der sich in Emden ansiedeln oder seinen Betrieb erweitern wolle, eine wesentliche Rolle spiele. Da gehe es z.B. um die Fragen, wie die Stadtplanung aussehe, wo und zu welchen Konditionen man ein Grundstück bekomme, welche Auflagen des Umweltamtes erfüllt werden müßten, in welchem Umfang eine Förderung gewährt würde usw.

Der jetzige Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung werde in Zukunft nicht mehr Amtsleiter heißen, sondern er werde den Fachdienst Wirtschaftsförderung leiten und als Lotse für jeden, der sich niederlassen wolle, fungieren, nicht nur innerhalb der Verwaltung, sondern bis hin zur Bezirksregierung, wo die Ansprechpartner säßen, und bis nach Europa, wo Emden eine der ganz wenigen Städte sei, die noch Geld bekämen.

Er akzeptiere die Entscheidung, wenn jemand eine andere Vorstellung von Wirtschaftsförderung habe, aber man solle nicht das Amt und den Menschen, der an der Spitze stehe, verdammten. Es müsse Schluß damit sein, ihn durch die Gazetten zu ziehen, da er sonst keine Chancen mehr habe. Für Herrn van Ellen sei dies der Berufseinstieg, und er habe das Recht, Erfahrungen zu sammeln und umzusetzen. Man werde später überprüfen, ob man auf dem richtigen Wege sei.

Nach Meinung von **Herrn Haase** könne man über alles reden, aber es dürfe nicht auf Kosten von Menschen gehen. Man müsse am Ende noch in der Lage sein, zusammen einen Kaffee zu trinken. In dieser Diskussion sei eines deutlich geworden, nämlich der hohe Stellenwert, den alle 4 Fraktionen der Wirtschaftsförderung beimäßen.

Herr Jahnke habe schon deutlich gemacht, daß es konträre Ansichten zur Wirtschaftsförderung gebe. In Zeiten der Eingleisigkeit und der Verwaltungsreform müsse man dem Verwaltungschef die Chance und die Zeit geben, seinen "Laden" zu organisieren, damit er den neuen Verhältnissen angepaßt werde.

Wenn man das Ganze als Verwaltungsvorschlag begreife, dann sollte sich der Rat als Gesellschafterversammlung begreifen, deren Aufgabe es sei, ständig zu überprüfen, ob ordentlich gearbeitet werde oder nicht, um notfalls Änderungen vorzunehmen, auch im Hinblick auf die Wirtschaftsförderung.



## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

**Herr Bolinius** hat diese Diskussion erwartet. Er bekomme die Prügel vom Oberbürgermeister, obwohl er nur die anderen Fraktionen zitiert habe, die nichts anderes gesagt hätten als er selbst. Er habe auch nichts gegen Herrn van Ellen, er sei nur in eine falsche Position gesteckt worden. Er habe seine Meinung und versuche als Ratsmitglied, das Beste für die Stadt herauszuholen.

**Herr Bongartz** wirft ein, man könne über alles reden, aber mit Namen sollte man in der Öffentlichkeit vorsichtig umgehen.

Was die Verwaltungsreform angehe, so habe er persönlich nicht den Eindruck gehabt, daß diese in aller Heimlichkeit durchgezogen worden sei. Der Oberbürgermeister sei seiner Informationspflicht nachgekommen und habe die Fraktionen unterrichtet. Der Worte seien genug gewechselt worden, man wolle jetzt Taten sehen.

**Herr Renken** führt aus, wenn Personalentscheidungen getroffen worden seien, müsse Schluß sein mit den Personaldebatten und akzeptiert werden, daß ein Amtsleiter dieser Stadt ordentlich seine Arbeit mache. Dann könnten auch Debatten geführt werden über die gute oder schlechte Arbeit der übrigen Amtsleiter dieser Stadt. Das gehöre zum Geschäft des Oberbürgermeisters.

Es sei aber durchaus möglich, die Wirtschaftsförderung und deren substantielle Inhalte ggf. noch zu verändern, wenn sich dafür im Rat Mehrheiten fänden. Das gehöre zum Thema Richtlinienkompetenz des Rates. Die Verwaltungsreform umfasse mehr als nur diesen einen Punkt, und man sollte dafür sorgen, daß sie jetzt in Schwung komme.

**Frau Schmidt-Reinders** möchte wissen, wie das Thema Kultur behandelt werden solle, das ja im Moment ausgegliedert worden sei.

**Herr Brinkmann** erwidert, es hätten nicht alle Punkte bis ins Detail durchdacht werden können. Das Thema Kultur habe man zunächst "geparkt". Es gebe durchaus ernst zu nehmende Vorschläge für die Zuordnung, und er möchte eine Arbeitsgruppe einsetzen, die darüber nachdenke, ob es ein selbständiger Bereich bleiben oder diesem oder jenem Fachbereich zugeordnet werden solle.

**Herr Dr. Beisser** möchte seinem Fraktionskollegen beispringen, auf dem gerade herumgehackt worden sei, obwohl er nur die Zitate anderer wiedergegeben habe. Er halte es ebenfalls nicht für richtig, jemanden, der noch keine großen Wirtschaftserfahrungen habe, ins kalte Wasser zu werfen.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über die Vorlage abstimmen.

Beschluß: In Fortführung des Ratsbeschlusses vom 04.12.1997 wird beschlossen, anstelle der bisherigen Dezernate für die Stadtverwaltung einen Verwaltungsvorstand, bestehend aus dem Oberbürgermeister und den Dezernenten als Kollegialorgan, zum 01.01.1999 einzurichten.

Die fachübergreifenden Aufgaben werden entsprechend der dieser Vorlage beigefügten Anlage 1 den derzeitigen Dezernenten zugeordnet.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 4  
Enthalt.: 2

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Punkt 8: Vorlage 13/655  
Errichtung der "Stiftung für Archangelsk"

**Herr Brinkmann** führt aus, daß diese Vorlage heute behandelt werden könne, sei dem Fleiß eines Mannes zu verdanken, der sich mit großem Engagement für die Städtepartnerschaft Emden - Archangelsk einsetze. Es sei zweifellos das Verdienst von Herrn Grigull, daß über die bisher geleistete humanitäre Hilfe hinaus der Stadt Emden ein Betrag von 250.000,- DM treuhänderisch zur Verfügung gestellt werden könne, der sich aus dem Verkaufserlös von NVA-Beständen sowie aus Spenden zusammensetze.

Daraus seien bisher Dinge bezahlt worden, die diesem Zweck dienten, wie z.B. für das Segelschulschiff Sedov oder für 5 oder 6 Studenten aus Archangelsk, die hier in Emden an der FHO eine Zeitlang hätten hospitieren können.

Es sei überlegt worden, wie mit diesen Geldern zu verfahren sei, und Herr Hemken habe den Vorschlag gemacht, eine unselbständige Stiftung zu gründen, die unter der Kontrolle der Stadt Emden stehe und von ihr geprüft werde, aber nicht der Überprüfung durch die Bezirksregierung unterliege.

Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung einen weit gefaßten Stiftungszweck vorgeschlagen. Wenn das Stiftungsvermögen zinsgünstig angelegt werde, liege die Rendite jährlich bei über 10.000 DM, so daß das Vermögen nicht angegriffen werden müsse.

Im VA sei die Frage gestellt worden, ob daraus Reisen bezahlt würden. Dazu könne er sagen, daß dies natürlich nicht der Fall sei, und schon gar nicht der Mitglieder, die im Auftrage der Stadt Gastbesuche in Archangelsk durchführten. Man wolle schon versuchen, mit den wenigen zur Verfügung stehenden Mitteln Kontaktpflege zu betreiben, und werde dort, wo es angesagt sei, auch direkt Zuschüsse zu den Mitteln für Archangelsk geben.

Vor diesem Hintergrund bitte er den Rat, die Stiftung so zu beschließen. Im übrigen sei nicht der Oberbürgermeister der alleinige Herrscher, sondern es gebe einen Beirat. Hier habe man sich an anderen Stiftungen orientiert und werde den Beirat noch um zwei weitere Mitglieder, je einen Vertreter des DRK und einer anderen Hilfsorganisation, erweitern.

**Herr Leeker** pflichtet seinem Vorreder bei und würdigt ebenfalls die von Herrn Grigull geleistete Arbeit. Er sei heute von einem Juristen darauf aufmerksam gemacht worden, daß nach den rechtlichen Bestimmungen die für einen bestimmten Zweck, z.B. einen Kindergarten, gesammelten Spenden auch zweckgebunden verwendet werden müßten. Er sei daher im Zweifel, ob diese Gelder in die Stiftung einfließen dürften.

**Herr Grigull** erklärt, aufgrund des Zwischenrufes in der EZ hätte er sich auch zu Wort gemeldet. Mit solchen Äußerungen könne man keine Leute motivieren, sich für einen humanitären Zweck einzusetzen, wie es die Menschen getan hätten, die manche Stunde unentgeltlich ihre Freizeit geopfert und durch die neuen Bundesländer gefahren seien und beim Verkauf der Rohre mitgeholfen hätten.

Er werde die Zahlen hier erläutern, damit nicht noch mehr darüber in der Zeitung geschrieben werde. Es sei eine Gemeinschaft der Emdener Vereine gebildet worden, die zwei Konzerte veranstaltet und Lose verkauft habe. Der Erlös aus diesen Veranstaltungen habe 11.459,- DM betragen, der zielgerichtet für den Kindergarten bestimmt gewesen sei. Man habe sich überlegt, was mit dem Geld geschehen solle, das man schlecht an die Spender zurückgeben könne.

Von dem Gesamtbetrag von 250.000,- DM seien bezahlt worden 2 x 2.370,- DM für die Fahrt der Kinder nach Lisieux, 5.000,- DM für die Sedov und 5.000,- DM für die Studenten.

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Zu den Einnahmen sei noch zu sagen, daß allein aus Aktivitäten des Bürgervereins, unabhängig von den beiden Konzerten, die auch von diesem vorbereitet und durchgeführt worden seien, 33.414,-- DM zusammengekommen seien. Der Bürgerverein sei damit einverstanden, daß dieses Geld der Stiftung zugeführt werde. Die Verwaltung müsse sich somit Gedanken machen über die Verwendung des Betrages von 11.459,-- DM aus den beiden Veranstaltungen. Alle anderen Gelder seien nicht zweckgebunden, weil sie aus dem Verkaufserlös der Rohre stammten sowie aus den Aktionen des Bürgervereins.

**Herr Bolinius** teilt mit, seine Fraktion wisse die geleistete Arbeit ebenfalls zu würdigen. Er habe Herrn Brinkmann jedoch angeschrieben und um Überprüfung der Dinge, die ihm anonym zugespielt worden seien, gebeten, nämlich daß man die für Archangelsk gesammelten Spenden nicht für die Sedov ausgeben könne. Herr Brinkmann habe ihm dies auch zugesagt.

**Herr Brinkmann** erklärt, dieser Betrag von 11.459,-- DM werde einer gesonderten Überprüfung unterzogen und für den Fall, daß die vorgebrachten Bedenken begründet seien, aus dem Stiftungsvermögen herausgenommen und einer anderen Verwendung zugeführt. Darüber werde man im VA oder an anderer Stelle berichten.

**Beschluß:** Die Stadt Emden übernimmt die Trägerschaft der unselbständigen "Stiftung für Archangelsk", wie sie sich aus dem Stiftungsgeschäft und der Stiftungssatzung ergibt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 9:** Vorlage 13/704  
Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Emden für das Geschäftsjahr 1997

(Die Herren Brinkmann, Mecklenburg, Janssen, Grigull, Bongartz und Vollprecht sowie Frau L. Meyer, Frau Grix und Frau I. Hoffmann nehmen an der Beratung und Beschlußfassung nicht teil.)

**Herr Hemken** gibt den Bestätigungsvermerk des Nds. Sparkassen- und Giroverbandes bekannt. Ebenso habe die Bezirksregierung gegen die Durchführung des Entlastungsverfahrens keine Bedenken erhoben. Der Verwaltungsrat der Sparkasse Emden habe in seiner Sitzung am 12.11.1998 dem Sparkassenvorstand für das Geschäftsjahr 1997 Entlastung erteilt.

In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 23.11.1998 habe Herr Weermann ausführlich Stellung genommen. Er bitte deshalb den Rat um Zustimmung zu dieser Vorlage.

**Herr Züchner** gibt für seine Fraktion folgende Erklärung ab:

"Zum zweiten Mal müssen wir uns jetzt mit der Arbeit des Verwaltungsrates in den letzten Jahren, besonders im Jahre 1997, beschäftigen. Wir sind froh, daß wir von weiteren größeren Hiobsbotschaften bisher verschont geblieben sind und daß ein Neuanfang offensichtlich gelungen ist.

Wir haben damals die Entlastung des Verwaltungsrates verweigert und völlig folgenlos den Rücktritt des Vorsitzenden des Verwaltungsrates, der ja auch Vorsitzender des Kreditvergabeausschusses war und ist, gefordert.

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Wenn wir uns heute der Stimme enthalten, so gibt es dafür zwei Gründe:

1. Der Oberbürgermeister hat in der öffentlichen Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses erklärt, daß aus Sicht der Ratsmitglieder die Abstimmung über die Entlastung des Verwaltungsrates eine Farce sein muß, da viele gestellten Fragen nicht beantwortet werden können oder müssen; insoweit geben wir dem OB recht und wollen nicht durch ein evtl. "Nein" diese Farce zu einer echten Abstimmung aufwerten.
2. Die kleinen Fraktionen stellen keine Mitglieder des Verwaltungsrates, hier sind nur die großen Fraktionen gefragt, die durch ihre Wahl diesen Verwaltungsrat geformt haben. Deshalb fragen wir Sie, die Ratsmitglieder von SPD und CDU: "Geben Sie nicht durch Ihre Zustimmung zur Entlastung den von Ihnen in den Verwaltungsrat entsandten Parteifreunden das gute Gefühl, doch die Richtigen für dieses Amt zu sein, können Sie das wirklich wollen?" Diese Verantwortung wollen wir Ihnen nicht durch eine KampfAbstimmung gegen uns abnehmen."

**Herr Dr. Beisser** erklärt, seine Fraktion werde der Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Sparkasse Emden nach den Vorkommnissen in den Jahren 1995 und 1996 auch für das Jahr 1997 nicht zustimmen.

**Herr Janßen** teilt mit, er habe sich im Rechnungsprüfungsausschuß der Stimme enthalten. Seine Fragen seien im VA zur Zufriedenheit beantwortet worden, so daß er keine Veranlassung sehe, der Entlastung nicht zuzustimmen.

**Herr Haase** führt aus, auch die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Wenn man heute den Verwaltungsrat entlaste, dann bedeute dies im Nachhinein eine Bestätigung dessen, was im letzten Jahr gesagt worden sei, nämlich daß der Verwaltungsrat richtig reagiert habe, die entsprechenden Maßnahmen durchgezogen worden seien und inzwischen eine verbesserte Bilanz ersichtlich sei. Man habe mittlerweile eine neue Führung und eine Sparkasse, die auf dem richtigen Wege sei.

Beschluß: Gemäß § 26 NSpG wird beschlossen, dem Verwaltungsrat der Sparkasse Emden für das Geschäftsjahr 1997 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 2  
Enthalt.: 4  
Befangen: 9

Punkt 10: Vorlage 13/705  
Entlastung der Geschäftsführung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden, -AAGE- für das Rumpfgeschäftsjahr 1996 sowie für das Geschäftsjahr 1997

(Die Herren Leeker und Janßen nehmen an der Beratung und Beschlußfassung nicht teil.)

**Herr Hemken** führt aus, die AAGE sei am 12.11.1996 gegründet worden mit dem Ziel, Qualifikationsmöglichkeiten sowie Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse für Schwervermittelbare und Langzeitarbeitslose zu schaffen und damit den Sozialetat zu entlasten.

Die WIBERA habe die Prüfung vorgenommen und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Er bitte daher der Vorlage zuzustimmen.

## Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

Beschluß: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der AAGE - der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden, - werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluß für das Rumpfgeschäftsjahr 1996 sowie für das Geschäftsjahr 1997 anzunehmen,
2. den Bilanzverlust in Höhe von 171.671,96 DM auszugleichen,
3. der Geschäftsführung für das Rumpfgeschäftsjahr 1996 sowie für das Geschäftsjahr 1997 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig  
Befangen: 2

Punkt 11: Vorlage 13/706  
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Schlachthof Emden GmbH für das Geschäftsjahr 1997

(Die Herren Brinkmann, Pauels, Wessels und Odinga sowie Frau L. Meyer und Frau Pohlmann nehmen an der Beratung und Beschlußfassung nicht teil.)

**Herr Hemken** berichtet, auch hier habe die WIBERA die Prüfung vorgenommen und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Zur Erreichung eines ausgeglichenen Ergebnisses für das Jahr 1997 seien Zuschußzahlungen der Stadt Emden in Höhe von ca. 450.000 DM erforderlich. Es sei allerdings gelungen, durch Garantien und Bürgschaften die Pachtzahlung bis zum Ablauf des Jahres 1998 zu gewährleisten. Wie die weitere Entwicklung aussehe und ob noch ein geeigneter Bewerber gefunden werde, könne man z.Z. nicht sagen. Notfalls biete sich als Alternative eine Umnutzung des Schlachthofes an.

**Herr Bolinius** teilt mit, daß seine Fraktion gegen die Vorlage stimmen werde. In der Ratsitzung vom 25.05.1989, in der die Errichtung des neuen Schlachthofes in Emden beschlossen worden sei, hätten Herr Hummerich und er selbst auf die katastrophale Lage auf dem Fleischmarkt hingewiesen. Die LFZ habe damals einen Verlust von 19 Mio. DM erwirtschaftet. Trotzdem seien die Verträge abgeschlossen worden. Seine Fraktion bleibe bei ihrer Meinung, daß diese Entscheidung falsch gewesen sei.

**Herr Renken** möchte wissen, mit welchem Defizit man rechnen müsse, wenn in 1999 die Pachteinahmen nicht gesichert seien und keine neue Nutzung zum Tragen komme.

**Herr Leeker** kann nur wiederholen, daß bei der damaligen Entscheidung die Bemühungen um die Arbeitsplätze im Vordergrund gestanden hätten. Er denke, daß der Schlachthof bis jetzt auch Geld eingebracht habe. Man habe zwar einen Verlust gehabt, dem aber die noch bis 1998 eingenommene Pacht gegenüberstehe. Außerdem habe man ein Gebäude in der Rückhand, das mit Sicherheit noch verwendet werden könne. Man sei natürlich nicht glücklich über die Entwicklung auf dem Fleischmarkt, bekenne sich aber weiterhin zu dieser Entscheidung. Es sei auch nicht nur um die Arbeitsplätze gegangen, sondern auch um das ortsnahе Schlachten und die Versorgung der Bevölkerung mit einheimischem Fleisch.

Auf die Frage von Herrn Renken antwortet **Herr Hemken**, daß sich der Verlust verdoppele, wenn gar nichts passiere. Er möchte darauf hinweisen, daß man den alten Schlachthof seinerzeit hätte schließen müssen, weil er den EU-Stempel nicht bekommen hätte. Zur damali-

## Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

gen Situation auf dem Fleischmarkt sei zu sagen, daß diese ein oder zwei Jahre später wieder völlig anders ausgesehen habe, was keiner habe vorhersehen können.

Beschluß: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluß für das Geschäftsjahr 1997 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1997 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 2  
Befangen: 6

Punkt 12: Vorlage 13/721  
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO

**Herr Hemken** erläutert die Vorlage. Zu den Zuschüssen an die Musikschule und die VHS sei zu sagen, daß beide Einrichtungen sich bemühten, ihren Haushalt zu konsolidieren durch Erhöhung der Einnahmen und Verringerung der Ausgaben u.a. durch Ausnutzung der Fluktuation im Personalbereich.

Dadurch sei zwar der strukturelle Ausgleich weitgehend erreicht worden, nicht aber der Ausgleich der Fehlbeträge, die sie als "Bugwelle" vor sich herschoben. Außerdem habe die VHS Kürzungen im Rahmen des Erwachsenenbildungsgesetzes hinnehmen müssen. Es werde daher vorgeschlagen, diese einmaligen Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt zu zahlen.

**Herr Janßen** weist darauf hin, daß im Rahmen der Konsolidierung Eckpunkte gesetzt worden seien, und mehr könne man nicht bezahlen. Die VHS gehe davon aus, mit der Zahlung der 200.000 DM das Defizit ausgleichen und auf Null halten zu können, vorausgesetzt, daß in den nächsten Jahren von der Landesregierung die Mittel nicht noch mehr gekürzt würden.

Man müsse dafür sorgen, daß möglichst wenig Belastungen auf die Stadt sowie die VHS zukämen, denn wenn es so weitergehe, werde man nicht mehr ausgleichen können. Das gelte auch für andere Bereiche.

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 1998 folgenden überplanmäßigen Ausgaben zu:

1. **Vermögenshaushalt - überplanmäßig**  
7000-9696 Kanalisation Harsweg 70.000,00 DM
2. **Verwaltungshaushalt - überplanmäßig**
  - a) 1200-6303 Altlastenerkundung 42.000,00 DM
  - b) 3300-7173 Zuschuß für die Musikschule 131.000,00 DM
  - c) 3500-7170 An Volkshochschule 200.000,00 DM

Ergebnis: einstimmig  
Enthalt.: 1

## Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

(Herr Köhler verläßt die Sitzung.)

Punkt 13: Vorlage 13/678  
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 1998

**Herr Hemken** führt aus, es handele sich um die Beträge, die der Kämmerer im Rahmen der Haushaltssatzung im Einzelfall bis zu 30.000 DM genehmigen dürfe.

**Herr Scholl** hat der Vorlage entnommen, daß im Vermögenshaushalt PC-Hard- und Software zusätzlich angeschafft worden sei. Er möchte wissen, ob das Beschaffungsprogramm im nächsten Jahr fortgesetzt werde, das nicht abgedeckt sei durch den Doppelhaushalt.

**Herr Hemken** erwidert, wenn man im Personalbereich weiter sparen und die Fluktuation ausnutzen wolle, werde man alle technischen Möglichkeiten anwenden müssen. Es würden daher im nächsten Jahr noch weitere Anschaffungen erforderlich sein. Allerdings seien die Fachbereiche in den meisten Fällen in der Lage, eingesparte Beträge dafür zur Verfügung zu stellen.

Kenntnis genommen.

Es wird eine Pause von ca. 10 Minuten eingelegt.

Punkt 14: Vorlage 13/592  
III. Änderung der Abfallsatzung

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

Punkt 15: Vorlage 13/683  
Satzung der Stadt Emden über die Erhebung von Gebühren für die Abfallbeseitigung ab dem 01.01.1999

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

Punkt 16: Vorlage T 13/683/3  
Satzung der Stadt Emden über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung ab dem 01.01.1999

**Herr Hemken** teilt mit, die Verwaltung habe die Tischvorlage 13/683/3 erstellt, in der die VA-Beschlüsse vom 30.11.1998 zusammengefaßt sowie redaktionelle Änderungen eingearbeitet worden seien. Das Wesentliche sei jedoch der Tarif der Stadt Emden über Gebühren- und Beitragssätze der Abfallbeseitigung, der ab 01.01.1999 gelten solle. Die Nutzungsgebühren blieben unverändert, würden allerdings ergänzt durch eine Grundgebühr für Restmüllgefäße. Die Staffelung sehe wie folgt aus:

35-l, 50-l und 120-l-Gefäß	24,00 DM
240-l-Gefäß	30,00 DM
660-l und 1.100-l-Gefäß	144,00 DM

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Sie weiche hinsichtlich des 240-l-Gefäßes von dem Vorschlag der Verwaltung ab.

Herr Hemken gibt sodann die weiteren Gebühren bekannt, wie im einzelnen in der Anlage 3 der Vorlage aufgeführt. Das sei der Vorschlag, der in den verschiedenen Sitzungen der Ausschüsse sowie im VA zustande gekommen sei und heute dem Rat zur Annahme empfohlen werde.

**Herr Leeker** führt aus, die Mülldiskussion habe den Rat in den letzten Wochen aufs äußerste beschäftigt, so daß man froh darüber sei, wenn heute die Entscheidung falle und das Thema vom Tisch sei. Man sei seitens der SPD-Fraktion zufrieden darüber, daß das Alternativmodell in so kurzer Zeit zustande gebracht worden sei und jetzt zur Abstimmung stehe.

Er möchte allerdings deutlich sagen, daß man nicht zufrieden sein könne mit der völlig unzureichenden Beratungszeit, die dem Rat zur Verfügung gestanden habe. Wenn man erst am 07.11.1998 das Papier habe lesen können und heute schon über eine so weitreichende Änderung abstimmen solle, so sei das kaum machbar.

Man sei auch nicht zufrieden darüber, daß man während der Laufzeit der letzten Satzung so wenig gewußt habe über die Entwicklung der verschiedenen Kostenstellen, d.h. welche Defizite aufgelaufen seien, denn dann hätte man sicher schon früher gegensteuern können. Jetzt stehe man in der Tat unter dem Druck, in einer relativ kurzen Zeit eine Änderung herbeizuführen, da sonst in 1999 ein Defizit drohe, dessen Ausmaß der Kämmerer bereits angedeutet habe.

Die Wünsche des Kämmerers seien erfüllt worden, wobei er wiederholen möchte, daß bei Änderungen dieser Art in Zukunft eine frühere Information sowie ein anderer Beratungszeitraum nötig seien bei allem Verständnis für den Umbruch, der z.Z. in der Verwaltung vor sich gehe.

Einzelne Gebührenstellen seien beeinflusst worden, wobei es das Ziel gewesen sei, die Belastung des einzelnen Nutzers möglichst gering zu halten und das Verursacherprinzip stärker zu berücksichtigen als dies in der Verwaltungsvorlage der Fall gewesen sei.

Seine Fraktion verzichte auch in 1999 in ihrem Vorschlag ausdrücklich auf die Einführung der Biotonne, wobei man sowohl die finanzielle als auch die hygienische Belastung im Hinterkopf habe. Man werde irgendwann dem Gesetz folgen müssen, und im Bereich der Biotonne sei eine Entwicklung im Gange, die darauf hoffen lasse, daß die noch bestehenden Mängel beseitigt werden könnten.

Was das Defizit von 1,8 Mio. DM angehe, so habe man davon mehr als 1 Mio. DM realisieren können; der Rest stehe zur Diskussion. Es stehe auch zur Diskussion, ob die Müllanlieferung in Bremerhaven z.B. 26.000 t umfassen müsse und nicht nur 20.000 t, wie es im Vertrag stehe. Man habe gehört, daß Geist und Inhalt des Vertrages die Stadt Emden dazu zwingen würden. Seine Fraktion habe zwei weitere Juristen befragt und werde beantragen, ein Gutachten einzuholen. Bei der Höhe der Summe, die auch in Zukunft fällig sein werde, sei eine genaue Prüfung gerechtfertigt.

Ferner sei seine Fraktion der Meinung, nachdem man intensive Gespräche mit der Verwaltung geführt habe, daß die Organisation der Sperrgutabfuhr beträchtlich verbesserungsfähig sei und ein Potential an Einsparungsmöglichkeiten existiere. Dadurch werde man sicherlich nicht die 1,8 Mio. DM ausgleichen können, aber doch ein Stück weiterkommen, und es gebe vielleicht Spielraum, in der Zukunft einiges schon im voraus aufzufangen.

Die CDU-Fraktion habe ebenfalls einen Vorschlag eingereicht, den man mit großem Interesse gelesen habe. Dieser decke sich jedoch wenig mit dem Vorschlag seiner Fraktion, so



## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

daß in der Tat kein geistlicher Diebstahl seitens seiner Fraktion begangen worden sei, denn die CDU-Fraktion wolle etwas völlig anderes.

Es werde zunächst unter Punkt 1 die Privatisierung der Sperrmüllabfuhr gefordert. In verschiedenen Veranstaltungen und Veröffentlichungen habe man seiner Fraktion vorgeworfen, daß sie ein Feind der Privatisierung sei. Dies stimme nicht, denn Teile der Müllabfuhr wie die Abholung von Altpapier und Glas seien privatisiert. Er könne sich durchaus vorstellen, daß dies auch in anderen Bereichen möglich sei, allerdings müsse man der Verwaltung die Chance geben, in einem fairen Wettbewerb mit anderen Anbietern tätig zu werden, um dann ggf. in neue Überlegungen einzutreten.

Unter Punkt 6 weise die CDU-Fraktion bereits jetzt darauf hin, daß durch die unsinnige Vertragsverlängerung mit der Müllverbrennungsanlage in Bremerhaven bis zum Jahre 2020 seitens der SPD-Fraktion ab dem Jahre 2002 eine erhebliche Gebührenerhöhung bevorstehe. Damit wolle die CDU-Fraktion zum Ausdruck bringen, daß sie gegen die Müllverbrennung gewesen sei.

Er verweise auf ein Protokoll aus dem Jahre 1993, wo es heiße: "Herr Janßen sieht keine andere Möglichkeit im Bereich der Müllentsorgung als thermische Behandlung trotz kräftiger Erhöhung der Verbrennungskosten. Gleichzeitig gibt er seiner Hoffnung Ausdruck, daß die vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen ausreichen werden." Von daher empfehle er, die eigenen Verhaltensweisen zu bedenken.

Herr Leeker fährt fort, die Nachbarschaft habe unwillig reagiert bei der Überlegung, sie von der Müllentsorgung fernzuhalten, weil sie der Stadt Emden ein Defizit verursache. Es habe tatsächlich in der Vergangenheit ein Defizit von 200.000 DM bis 280.000 DM durch die Anfuhr aus den umliegenden Orten gegeben. Nach der Gebührenerhöhung für die Anlieferung werde man weiterhin ein Defizit von 100.000 DM haben, wovon 50.000 DM auf die anderen Anlieferer entfielen. Nun werde in der Zeitung darauf hingewiesen, daß diese Leute auch hier einkaufen gingen.

Diese Müllgebühr in einem geschlossenen Haushalt, das wisse jeder, sei von Frau Müller und Herrn Lehmann zu bezahlen, und dann interesse nicht, ob der gute Mann aus der Krummhörn, der hier seinen Müll zu günstigen Preisen anliefern, auch in Emden einkaufe. Das Nachsehen habe die Stadt Emden, weil 85 % keine Gewerbesteuer bezahlen und sie auf den 50.000 DM sitzenbleibe. Man habe hinreichend klargemacht, daß es keine Bösartigkeit sei, sondern eine Belastung der Emdener Bürger, die man nicht hinnehmen könne.

Er denke, daß seine Fraktion einen Kompromiß gefunden habe, den möglichst viele akzeptieren könnten, und freue sich, wenn die Diskussion heute zu Ende gehe.

**Herr Janßen** erklärt, er habe nie gesagt, daß er gegen Müllverbrennung sei. Die SPD-Fraktion habe 1989 in namentlicher Abstimmung für eine Verlängerung mit Bremerhaven gestimmt. Im Jahre 1994 sei gesagt worden, man könne nicht umhin, mit Bremerhaven einen anderen Vertrag zu schließen mit erhöhten Preisen, weil der Geist des Vertrages auf Vertrauen basiere. Heute werde der Geist des Vertrages in gegensätzlicher Richtung zitiert. Er habe damals zugestimmt, weil der Vertrag bereits existiere, und ein Gebührenhaushalt gedeckt werden müsse durch die Einnahmen von den Bürgern.

Heute, fast 10 Jahre nach der Verlängerung mit Bremerhaven, liege eine Verwaltungsvorlage vor, die in Teilen Gebührenerhöhungen von 100 % oder mehr beinhalte. Er müsse kritisieren, daß die Verwaltung sehr spät informiert und Vorschläge unterbreite, die mit heißer Nadel gestrickt worden seien.

Seine Fraktion habe das Ganze von der Kostensenkungsseite betrachtet und wolle versuchen, eine Müllgerechtigkeit zu erreichen. Dies sei nur möglich, wenn die Gebühren nach

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

dem tatsächlichen Müllgewicht berechnet würden. Die großen 120 l-Gefäße seien oft nur zum Teil gefüllt und erhöhten damit die Müllgebühr.

Das bei der Sperrgutabfuhr aufgelaufene Defizit betrage fast 700.000 DM. Man müsse sich fragen, was dort eigentlich passiere. Der Bürger rufe an und überweise 15,00 DM, worauf ein LKW mit 2 Mann Besatzung, unabhängig von der Menge, das Sperrgut abhole und zur Müllumladestation zum Transport nach Bremerhaven bringe. Dieses koste mindestens 200,00 DM, bezahlt würden aber nur 15,00 DM. Bei einer Privatisierung der Sperrgutabfuhr würde eine größere Müllgerechtigkeit erreicht, weil nach dem Verursacherprinzip verfahren werde und die Kosten nicht auf die Allgemeinheit umgelegt würden. Durch die erzielten Einsparungen wäre es möglich, bei den Müllgefäßen die Grundgebühr von 24,- DM auf 12,- DM zu reduzieren.

Seine Fraktion habe den Vorschlag gemacht, das Wiegesystem beim Hausmüll einzuführen, was schon in vielen Städten praktiziert werde. Dabei werde unabhängig von der Größe der Tonne nur der Inhalt gewogen und bezahlt. Dies habe gleichzeitig den Nebeneffekt, daß die Bürger nicht unnötig viel Müll produzierten. Er richte die Bitte an die Verwaltung, sich in naher Zukunft mit diesem System zu befassen, weil nur damit Gerechtigkeit erreicht werde.

Nach Meinung von **Herrn Renken** müsse man ein System finden, die Kosten so zu senken, daß keine übermäßige Belastung auf die Bürger zukomme, d.h. ein System der verursachergerechten Zuordnung. Es müsse ein Anreiz für die Verwertung und Vermeidung gegeben werden. Von daher sei er ebenfalls für eine Überprüfung, ob und wie man zu einer gerechteren Lösung kommen könne.

Auch hinsichtlich der Vermarktung von Altpapier wäre eine Überprüfung sinnvoll, da das Papier vom DSD nur zu 25 % angenommen und der andere Teil in Bremerhaven verbrannt werde, so daß jede Tonne Papier zu Buche schlage.

Er begrüße zwar, daß die Gebührenerhöhung nicht so dramatisch ausfalle wie von der Verwaltung vorgeschlagen, aber man müsse schon überprüfen, wie die Wirtschaftlichkeit der Müllabfuhr verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit eingeführt werden könne. Das Ziel seiner Fraktion sei nicht die Privatisierung, sondern dem BEE sollte die Chance gegeben werden, seine Kostenstruktur zu verbessern und in den Wettbewerb eintreten zu können.

In einem Punkt gehe man nicht mit dem Vorschlag überein und könne deshalb der Vorlage auch nicht zustimmen, und zwar habe seine Fraktion die Einführung der Biotonne in 1999 gewollt, weil es sinnvoll sei im Rahmen einer ökologischen Strategie, das Land im Nieders. Abfallgesetz die getrennte Einsammlung vorschreibe und die Eigenkompostierung gefördert werden solle.

Wenn man diesen Weg gegangen wäre, hätte man zum 01.01.1999 keine Gebührenänderung gehabt, und es wäre noch einige Zeit verblieben, einen für den Bürger akzeptablen Gebührevorschlag zu erarbeiten.

Er möchte daran erinnern, daß 1995 die Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. die flächendeckende Einführung der Biotonne bis spätestens 1999 beschlossen hätten. Jetzt werde ein Rückzieher gemacht mit der Begründung, daß noch Nachbesserungsbedarf bestehe. Seine Fraktion sei damit nicht einverstanden, sondern eindeutig für eine Komplettlösung, nämlich Einführung der Biotonne einschließlich Gebührenstruktur. Daß man damit eine möglichst gerechte Kostenbelastung für die Bürger verbinde, sei klar.

**Herr Dr. Beisser** erklärt, auch seine Fraktion sei mehr als unglücklich über das Zeitdiktat der Verwaltung, so daß man sich in so kurzer Zeit mit verschiedenen Alternativvorschlägen habe auseinandersetzen müssen. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter maßgeblicher Führung der Mehrheitsfraktion habe es mit großem Arbeitsaufwand geschafft, diesen neuen

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Verwaltungsentwurf auf den Weg zu bringen. Er möchte nicht verhehlen, daß seine Fraktion froh darüber sei, daß die Biotonne auf diesem Wege ad acta gelegt worden sei.

Wenn davon gesprochen werde, daß die Kosten geprüft werden müßten, so werde das nicht anders möglich sein, als Angebote aus der Privatwirtschaft einzuholen. Dies sei auch der Grund, weshalb seine Fraktion gegen die Verwaltungsvorlage stimmen werde, denn sie habe schon 1993, als die Gebühren bis zu 107 % erhöht worden seien, eine solche Prüfung gefordert.

**Herr Leeker** hat auch andere Protokolle gelesen und daraus entnommen, daß der Widerstand sich in Maßen gehalten habe. Aus dem Protokoll, das er vorhin zitiert habe, könne man ersehen, daß mit der CDU die Änderungen ausgehandelt worden seien, die zu den Defiziten geführt hätten, und daß man offensichtlich stark versöhnt gewesen sei mit der Entscheidung in 1989.

Es sei bekannt, daß in jeder Kommune die Sperrmüllabfuhr subventioniert und nirgends eine Kostendeckung zustande gebracht werde. Wenn hier von einem herben Rückschritt gesprochen werde, so möchte er dagegenhalten, daß man die Forderung des Kämmerers erfülle, kein Defizit aufkommen zu lassen. Man werde im nächsten Jahr damit beginnen, sowohl die Müllgebühren als auch die Abwasser- und Friedhofsgebühren zu überprüfen mit dem Ziel, sie in der Tat zu reduzieren. Dies sei nur ein Zwischenschritt, und dann werde man in eine neue Diskussion einsteigen.

**Herr Bongartz** führt aus, er sei jetzt 17 Jahre im Rat und könne sagen, daß man sich selten mit einer Angelegenheit so intensiv beschäftigt habe, wie es hier der Fall gewesen sei. Es sei seitens des Rates gelungen, einen Vorschlag zu unterbreiten, der wesentlich günstiger sei als das, was die Verwaltung vorgeschlagen habe. Darüber hinaus wolle man alle Gebühren auf den Prüfstand stellen, um zum Wohle des Bürgers Lösungen zu finden, denn bei den kommunalen Gebühren sei das Maß überschritten.

**Herr Bolinius** erinnert daran, daß 1989 die Gebühren enorm angehoben worden seien, weil die Preise in Bremerhaven nicht kostendeckend gewesen seien. Die Mehrheitsfraktion habe bei namentlicher Abstimmung entschieden, diese hohen Preise zu bezahlen. Inzwischen gebe es Müllentsorger, die für 210,- DM/t von Emden aus nach Lübeck zur Deponie oder zur Verbrennungsanlage führen. Wenn die Stadt Emden in Bremerhaven 250,- DM/t bezahlen müsse, dann sollte man s. E. mit Bremerhaven über den Vertrag verhandeln. Was die darüber hinausgehenden 5.000 t angehe, so sollten diese woanders angeliefert werden, und dafür brauche man keine Gutachten.

Seine Fraktion lehne die Vorlage ab, weil sie einen Preisvergleich mit der Privatwirtschaft gefordert habe und ein entsprechender Antrag im Stadtplanungsausschuß abgelehnt worden sei. Er sei sich sicher, daß dabei niedrigere Preise herauskommen würden.

**Herr Woldmer** erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß man damals glücklich gewesen sei, als Oberbürgermeister Klinkenborg den Vertrag mit Bremerhaven ausgehandelt habe. Ebenso möchte er daran erinnern, daß bei der Diskussion um die Hochtemperaturverbrennungsanlage die Bevölkerung Sturm gelaufen sei gegen den Standort am Fehntjer Tief.

**Herr Janßen** bemerkt, man mute damit den anderen zu, was man selbst hier nicht haben wolle.

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Beschluß: Der Rat beschließt

- a) die der Vorlage T 13/683/3 als Anlage 2 beigefügten Änderungen der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung
- b) den der Vorlage T 13/683/3 als Anlage 3 beigefügten Tarif der Stadt Emden über die Erhebung von Gebühren für die Abfallbeseitigung für das Haushaltsjahr 1999.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 14

(Frau I. Hoffmann verläßt die Sitzung.)

Punkt 17: Vorlage 13/684  
Satzung der Stadt Emden über die Erhebung von Gebühren für die Abfallbeseitigung ab dem 01.04.1999

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

Punkt 18: Vorlage 13/710  
Satzung zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht

**Herr Röttgers** erläutert die Vorlage.

Beschluß: Die Satzung zur Übertragung der Pflicht zur Abwasserbeseitigung für häusliches Abwasser mittels Kleinkläranlagen auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke gemäß § 149 Absatz 4 des Nds. Wassergesetzes wird in der als Anlage zur Vorlage 13/710 bestehenden Form beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 19: Vorlage 13/565/1  
IV. Satzung zur Änderung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Emden vom 23.09.1993

**Herr Röttgers** führt aus, aufgrund einer Untersuchung des Technologiepools erscheine es als sinnvoll, eine Beprobung der ca. 700 einleitenden Betriebe durchzuführen. Aus diesem Grunde sei eine Satzungsänderung erforderlich.

Beschluß: Die dieser Vorlage beigefügte IV. Satzung zur Änderung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Emden vom 23.09.1993 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Punkt 20: Vorlage 13/676  
Straßenbenennung im Baugebiet an der Cirksenastraße (Bebauungsgebiet D 128)

**Herr Röttgers** teilt mit, Herr Pastor Hermann Immer sei vielen Emdern aus seinem jahrelangen Wirken als Pastor in der ref. Gemeinde "Altstadt/Port Arthur" in guter Erinnerung. Der Kirchenrat der Ev.-ref. Gemeinde Emden habe deshalb empfohlen, die im Bebauungsplangebiet D 128 zwischen Cirksena- und Nesserlander Straße neu entstehende Straße nach ihm zu benennen.

Beschluß: Die im Bebauungsgebiet D 128 neu entstehende Straße wird

### **Hermann-Immer-Straße**

benannt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 21: Vorlage 13/677  
Straßenbenennung im Gewerbegebiet Nesserland (Bebauungsgebiet D 127)

**Herr Röttgers** führt aus, der Bildhauer Fritz Liebsch habe sich nach einem langen künstlerischen Weg in Emden niedergelassen und zahlreiche Kunstwerke, u.a. das Holzrelief "Millionen im Netz", das in diesem Gebäude hänge, hinterlassen. Es werde deshalb vorgeschlagen, die Haupterschließungsstraße des Gewerbegebietes in Port Arthur/Transvaal nach ihm zu benennen.

**Herr Janßen** ist erfreut darüber, daß es zu dieser Namensgebung komme, die von Frau Kaune im Kulturausschuß angeregt worden sei.

**Herr Bolinius** weist darauf hin, daß er ebenfalls einen schriftlichen Antrag gestellt habe.

Beschluß: Die im Bebauungsgebiet D 127 liegenden Planstraßen A und B werden einheitlich

### **Fritz-Liebsch-Straße**

benannt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 22: Vorlage 13/276/3  
27. Änderung des Flächennutzungsplanes (Gebiet südlich der Frankenstraße und östlich der Straße Dukegat)  
- Beitrittsbeschluß

**Herr Röttgers** berichtet, gemäß Auflage der Bezirksregierung seien die Belange des Natur-, Landschafts- und Immissionsschutzes bereits im Flächennutzungsplan festzulegen. Eine Verweisung auf das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren werde nicht mehr anerkannt. Der FNP müsse deshalb nachgebessert werden.

## Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

Beschluß: Die Stadt Emden tritt der Maßgabe der Bezirksregierung Weser-Ems in der FNP-Änderungsgenehmigung vom 15.10.1998 (Az: 204-206.11-21101-02000/27) bei und beschließt die Kapitel 7. Landschaftspflege und Naturschutz, 8. Grünflächen, 10.1 Grünordnung und 10.2 Lärmschutz der Begründung zum Bebauungsplan D 91, 4. Änderung sowie dessen naturschutzfachlichen Anlagen und Lärmgutachten als Teil der Abwägung und Bestandteil des Erläuterungsberichtes der 27. FNP-Änderung.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 23: Vorlage 13/402/4  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan VEP D 133 - mit gestalterischen Festsetzungen (Windpark Wybelsumer Polder)  
Satzungsbeschluß (Stadium III)

**Herr Röttgers** führt aus, mit der Zustimmung zum LROP und der Aufstellung des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes D 133 habe der Rat sich für den Windpark Wybelsumer Polder ausgesprochen. Im Bebauungsplanverfahren habe es im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung eine weitreichende Öffentlichkeitsarbeit mit der Durchführung von Bürgerversammlungen gegeben. Es seien 322 Anregungen und Bedenken von privaten Einwendern eingegangen, mit denen man sich auseinandergesetzt habe mit der Folge, daß 3 Anlagen weggefallen, der Geltungsbereich verkleinert und die Abstände zur Wohnbebauung auf ca. 500 m und zur Siedlung auf 800 m festgeschrieben worden seien.

Mit dieser Änderung sei der Plan in die öffentliche Auslegung gegangen. Es seien wiederum 324 Einwendungen von Privatseite eingegangen, die nochmals abzuwägen seien, um dann den Satzungsbeschluß zu fassen. Es handele sich im großen und ganzen um Wiederholungen, mit denen man sich im Stadtplanungsausschuß, in den Fraktionen und im VA intensiv beschäftigt habe.

Man wolle nicht verhehlen, daß sich das Wohnumfeld der Wybelsumer Bürger durch diesen Windpark verändere, denn er stelle einen Einschnitt in Natur und Landschaft dar. Andererseits würden durch diese Industrieansiedlung vorhandene Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen. Er möchte wiederholen, daß man sich in der Beratung mit all diesen Fragen wie Schattenschlag, Discoeffekt usw. befaßt habe.

Im Stadtplanungsausschuß sei eine ergänzende Beschlußempfehlung erfolgt hinsichtlich der Mindestabstände von 500 m zu Außenbereichsvorhaben und 800 m zu geschlossenen Siedlungen. Die Verwaltung habe mit den Investoren verhandelt und einen neuen Plan erstellt, der diese Abstände berücksichtige. Er empfehle dem Rat, diesem Beschlußentwurf zu folgen und den Satzungsbeschluß zu fassen.

**Herr Leeker** erklärt, auch in diesem Falle habe sich der Rat intensiv mit einem Bebauungsplan beschäftigt, wie seit langem nicht mehr, und zwar in der Hauptsache auf Betreiben der Bürger, die eine besondere Sensibilität entwickelt hätten, nachdem vielleicht mancher lange Zeit beim Flächennutzungsplan nicht gewußt habe, was ihm aus dieser Bestimmung erwachsen könnte. Zu Zeiten der FNP-Aufstellung seien immerhin nur 0,5 MW-Anlagen in Gebrauch gewesen, während jetzt 1,5 MW-Anlagen betrieben würden.

Inzwischen kämpfe die Bevölkerung bei diesen größeren Anlagen jedesmal um die Abstände, die nirgendwo gesetzlich geregelt seien, sondern man könne sich nur auf ein Urteil berufen, wonach in einem Abstand von 500 m zu Außenbereichsvorhaben und 800 m zu geschlossenen Siedlungen solche Anlagen aufgestellt werden dürften. Somit könne sich auch der Rat nicht anders verhalten und müsse dieses Urteil zugrunde legen.

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Es sei versucht worden, nach Anhörung der Menschen in den Orten Wybelsum und Logumer Vorwerk und Gesprächen mit der Verwaltung, zwischen den Betreibern und der Bevölkerung zu vermitteln. Dies sei ein Balanceakt gewesen, der nur zum Teil gelungen sei. Zumindest habe man die genannten Abstände zustande gebracht. Allerdings sei der Vorwurf laut geworden, man würde Industrieansiedlung behindern. Aus ökonomischer Sicht sei dies zwar richtig, hier gehe es jedoch um Menschen, und da sei es besser, vorher alles zu beachten, als anschließend durch Gerichtsurteile gezwungen zu werden, die Anlagen stillzulegen.

Bei den Investoren habe man einige Flexibilität erkennen können, und er denke, daß sie bereit seien, nachdem sie mit vielen Argumenten überzeugt worden seien, diese Lösung zu akzeptieren. Freude oder Zustimmung sei auf keiner Seite, aber ein Kompromiß sei immer ein guter, wenn alle etwas unzufrieden seien.

Bei aller Problematik und Abneigung gegen diese Anlagen müsse man aber auch bedenken, daß diese Mühlen in einem ostfriesischen Unternehmen hergestellt würden, und wer die vielen Menschen sehe, die Ostfriesland verlassen müßten, weil sie hier keine Arbeit fänden, der müsse auch so tolerant sein und solche Unternehmen in Ostfriesland unterstützen. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu, wohlwissend, welches Risiko damit eingegangen werde.

**Herr Bongartz** stimmt seinem Vorredner zu und erinnert daran, daß man sich über Jahre mit dieser Problematik beschäftigt, es immer neue Rechtslagen gegeben habe und man immer wieder neu angefangen sei. Obwohl aus ökologischer Sicht die Windenergie sehr wertvoll sei, nehme die Akzeptanz bei den Menschen immer mehr ab. Sie fühlten das als eine Belästigung und seien der Meinung, daß das Maß der Zumutbarkeit für die Landwirtschaft und die Menschen, die davon lebten, erreicht bzw. überschritten sei.

Am Ende dieses langen Prozesses, in dem man auch verunsichert gewesen sei aufgrund der Rechtslage und der vielen Eingaben der Bürger, die man nicht auf die leichte Schulter genommen habe, sei seine Fraktion nach Abwägung aller anstehenden Fragen zu der Auffassung gelangt, dieser Planung die Zustimmung zu geben.

**Herr Bolinius** möchte wiederholen, daß seine Fraktion diesen Windpark für überdimensioniert halte und zuviel Fläche verlorengelasse. Sie setze auf Off-shore-Technik und Off-shore-Standorte. Er habe der Vorlage entnommen, daß das Pilotprojekt, das in den Fraktionen mit den Betreibern schon durchgesprochen worden sei, sich auf gemeindefreiem Gebiet außerhalb der Stadtgrenzen Emdens befinde und die Stadt Emden gegenüber der Bezirksregierung eine ablehnende Stellungnahme abgegeben habe. Seiner Bitte, diese Stellungnahme zu bekommen, habe man bisher nicht entsprochen.

Wenn hier gesagt werde, es entstünden Arbeitsplätze, so habe das mit dem Standort nichts zu tun, d.h. die Mühlen könnten auch an anderer Stelle errichtet werden. Selbst Experten seien der Meinung, daß die Off-shore-Technik mehr gefördert werden müsse. Die Windausnutzung sei besser und die Akzeptanz der Bevölkerung größer. Seine Fraktion kenne die Nöte der Bevölkerung und lehne die Beschlußvorlage ab.

**Herr Renken** bedauert, daß es nicht gelungen sei, eine große Akzeptanz für diesen Windpark zu erreichen. Es sei auch nicht gelungen, die Naturschutzverbände für das Projekt zu gewinnen. Es habe einen Konflikt wegen der Einhaltung der EU-Vogelschutzrichtlinien gegeben. Zumindest habe man mit der Festschreibung der Mindestabstände von 500 m bzw. 800 m die Belange der Bürger mehr berücksichtigen können als am Anfang. Unter Beachtung der Bestimmungen des BImSchG und der gesetzlichen Rechtsprechung sei dies ein vernünftiger Kompromiß.

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Ein weiterer Punkt für eine positive Beurteilung sei, daß man neue Energien fördern müsse, um Ressourcen zu sparen und Atomkraftwerke irgendwann abschalten zu können. Das sei eine ganz entscheidende Frage in dieser Diskussion auch im Zusammenhang mit der Frage des Klimaschutzes, die weltweit angegangen werden müsse. Man habe in Emden die Chance, einen ganz gezielten Beitrag zu leisten im Sinne der Agenda von Rio. Seine Fraktion könne nach Abwägung aller Dinge mit dem ausgehandelten Kompromiß leben.

**Herr Odinga** führt aus, aufgrund der Einsprüche der Bürger seien einige Veränderungen eingetreten, die man auch begrüße. Die Mindestabstände von 500 m und 800 m seien eine gesetzliche Vorgabe, aber für den, der dort wohne, sehe es etwas anders aus. Der Windpark mit diesen Flächen sei nach wie vor für die dort wohnenden Menschen eine Zumutung. Die Bürger aus Wybelsum und Logumer Vorwerk seien nicht gegen Windenergie, aber wenn mehr als 300 Einsprüche einfach nicht genügend berücksichtigt würden, so finde er das nicht in Ordnung. Er habe Verständnis für die Betreiber, die Anlagen so groß wie möglich zu errichten, aber auch Verständnis für die Bürger, die damit leben müßten.

**Herr Wessels** bemängelt ebenfalls, daß die eingegangenen Bedenken kaum berücksichtigt worden seien. Keiner im Rat könne vorhersehen, welche Schäden für die Gesundheit und Sicherheit der dort wohnenden Bürger auftreten könnten. Der Ortsrat Wybelsum habe in der 12. Ratsperiode dem Rat eine Empfehlung gegeben, dieser habe jedoch anders entschieden.

Die Entfernungen von 500 m bzw. 800 m seien nach seinem Dafürhalten zu gering. Es müßte eine Entfernung von 1.000 m sowohl zu Außenbereichsvorhaben als auch zum Ortskern gelten. Man fordere zwar keine freie Sicht zum Seedeich, aber in dieser geringen Entfernung könne man den Windpark nicht akzeptieren und deshalb auch der Vorlage nicht zustimmen.

**Herr Haase** erklärt, es werde hier von möglichen Schäden gesprochen, die entstehen könnten, und die Befürchtungen der Anwohner seien deutlich gemacht worden. Man könne aber nicht so tun, als ob dies der einzige Windpark in Deutschland sei, sondern solche Anlagen liefen schon seit langem. Es gebe entsprechende Gutachten, daß keine Schäden eintreten könnten.

Bei dieser Diskussion um die Errichtung von Windkraftanlagen spiele auch der Agenda 21-Prozeß und das vorliegende Konzept der Landes- und Bundesregierung eine Rolle, irgendwann das eine oder andere Atomkraftwerk abschalten zu können.

Man sollte stolz und froh sein, daß eine Investition von 100 Mio. DM in Emden stattfinde, verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Bedenken der Betroffenen könne man durchaus nachvollziehen, aber dies sei in anderen Bereichen auch so.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über die abweichende Beschlußempfehlung abstimmen.

### Abweichender

- Beschluß:
- a) Die Anregungen und Bedenken werden wie die in den Anlagen A und B aufgeführten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt.
  - b) Der Entwurf ist dadurch zu ändern, daß alle Windkraftanlagen mindestens 500 m Abstand zu Außenbereichsvorhaben und mindestens 800 m zu geschlossenen Siedlungen einhalten. Der Geltungsbereich ist entsprechend anzupassen.  
Der vorhabenbezogene Bebauungsplan VEP D 133 - mit gestalterischen Festsetzungen -, bestehend aus Satzungstext und Vorhaben- und Erschließungsplan nebst Begründung, wird gem. § 10 BauGB in der z. Z. geltenden Fassung als Satzung beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 4



## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Punkt 24: Vorlage 13/709  
Nahverkehrsplan der Stadt Emden

Ergebnis: Dieser TOP wurde abgesetzt.

(Herr Hellmann verläßt die Sitzung.)

Punkt 25: Vorlage 13/726  
Resolution gegen die vorgesehene Fusion der drei Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven

**Herr Dr. Kleinschmidt** teilt mit, die CDU-Fraktion habe mit Schreiben vom 20.11.1998 beantragt, eine gleichlautende Resolution zu fassen.

**Herr Brinkmann** erklärt, er habe zu denen gehört, die in den Jahren 1996/97, als erstmals Fusionspläne bekannt geworden seien, sich auf politischer Ebene dafür eingesetzt hätten, eine Fusion in eine Kooperation umzuwandeln. Er wisse daher, in welchen Absprachen man bis heute lebe. Vor diesem Hintergrund habe er keine Probleme gesehen, als die Oberbürgermeister der Städte Oldenburg und Wilhelmshaven ihn davon unterrichtet hätten, daß sie eine gemeinsame Resolution verabschieden möchten hinsichtlich der Eigenständigkeit der drei Fachhochschulen.

Er habe zugesagt, dem Rat der Stadt Emden die Resolution vorzulegen, der dann einen entsprechenden Beschluß fassen könne. Fast zur gleichen Zeit sei der Antrag der CDU-Fraktion eingegangen, der auf die von den Städten Oldenburg und Wilhelmshaven gefaßte Resolution Bezug nehme.

Er könne verstehen, daß die derzeitige Diskussion zu Irritationen und Befremden geführt habe, zumal noch keine Ergebnisse der bisherigen Kooperation vorliegen könnten bzw. noch gar nicht daran gearbeitet werden können. Deshalb halte er es für richtig, wenn der Rat der Stadt Emden heute diese Resolution verabschiede. Nach seinen Informationen werde der Landtag frühestens im Februar/März 1999 darüber befinden, ob es zu einer Fusion komme oder nicht.

Man sei zunächst der FHO und dem Standort Emden verpflichtet, und deshalb sollte man die Zeit nutzen, in den kommenden Wochen die Informationen und Diskussionsbeiträge aus Hannover gemeinsam mit den Studenten und dem Lehrkörper der FHO einer genauen Betrachtung zu unterziehen, um das Beste herauszuholen.

Er könne keine endgültige Bewertung abgeben, gehe aber davon aus, daß man das Angebot des Nieders. Ministers für Wissenschaft und Kultur, Herrn Oppermann, auch hier in Emden mit den Studenten und dem Lehrkörper der FHO sowie mit Verantwortlichen von Rat, Verwaltung und Wirtschaft zu reden, annehme und alle Sparten beleuchte, um ein Beratungsergebnis zu erarbeiten, das nur einer Sache diene, nämlich den Standort der FHO Ostfriesland abzusichern, für den sich viele Bürger - er nenne die Namen Wilhelm Leeker, Eiwin Scholl, Johann Bruns, Brigitte Stoll und Carl Ewen - zum Wohle der Region eingesetzt hätten.

(Herr Abels verläßt die Sitzung.)

## Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

Herr Renken trägt vor:

"Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kennt das Angebot des Ministers noch nicht, hält es aber für richtig, den Vorschlag der Verwaltung, sich der gemeinsamen und jeweils einstimmig von den Räten in Oldenburg und Wilhelmshaven beschlossenen Resolution anzuschließen, zu unterstützen. Der Wissenschaftsminister will mit Brachialgewalt seine Fusionspläne durchsetzen. Er verstößt damit gegen den im Konsens zwischen den Fachhochschulen Oldenburg, Wilhelmshaven und Emden sowie dem Land Niedersachsen erst vor anderthalb Jahren beschlossenen Kooperationsvertrag.

Das Fusionsfieber ist ja allenthalben ausgebrochen. Kein Tag, an dem nicht eine Nachricht vom Zusammenschluß weiterer "Global Player" die Schlagzeilen beherrscht. Ich habe einmal in Gablers Wirtschaftslexikon nachgeschlagen. Dort habe ich die Aussage gefunden, daß eine Fusion eine **freiwillige** Vereinigung von Unternehmungen im Vertragswege ist. Aber für die Landesregierung gelten offenbar andere Gesetze als für Unternehmen. Denn von **Freiwilligkeit** kann für die Fachhochschulen wohl keine Rede sein.

Die Fachhochschulen wehren sich deshalb zu Recht vehement gegen die Pläne des Ministers. Und es gibt keine Institution in der Region, die sich für die Aufgabe der Eigenständigkeit der FHO ausgesprochen hat. Ich nenne an dieser Stelle insbesondere die Ostfriesische Landschaft und die Industrie- und Handelskammer.

Die Fachhochschulen im Nordwesten sind für uns nicht ein beliebiger Manövrierfaktor, mit dem die Löcher im Haushalt des Landes gestopft werden. Mit Einführung der Globalhaushalte sollen die hiesigen Fachhochschulen künftig 5 Mio. DM weniger erhalten. Bei der mit dieser Umstellung sicher verbundenen Kriterienfindung für die Mittelzuweisung muß berücksichtigt werden, daß ein Gründungszweck für diese Fachhochschulen die Überwindung der Strukturschwäche der Region gewesen ist. Damit war auch ein wichtiges Stück Wirtschaftsförderung und Förderung der regionalen Identität beabsichtigt. Dies gilt auch heute noch, wenn Regionalentwicklung kein Schlagwort bleiben soll.

Wer meint, mit dem Zuckerbrot des Standortes der zentralen Verwaltung in Emden aus der Solidarität mit der Region ausscheren zu können - und dies ist ja nicht völlig aus der Luft gegriffen -, der wird noch sein blaues Wunder erleben. Denn dann wird an anderer Stelle abgespeckt werden. Dies bedeutet konkret, daß wichtige Studiengänge verlagert werden und die Studentenzahlen deutlich zurückgehen werden. Schon jetzt droht durch die Verunsicherung der Studierwilligen ein Rückgang der Studentenzahlen. Es sollte eigentlich überflüssig sein, auf die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Studenten und Beschäftigte für die Region hinzuweisen. Die FHO ist eine der größten und bedeutendsten Einrichtungen in Ostfriesland. Sie sichert Standortqualität und Kaufkraft in Emden.

Der Minister hat es offenbar geschafft, die SPD-Landtagsabgeordneten in der Region bereits im Vorfeld der öffentlichen Bekanntmachung seiner Absichten auf seine Seite zu ziehen. Es gab auch eine Zeit, in der Ostfriesland in der Landespolitik noch in der ersten Reihe saß! Wir müssen mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß dies offenbar nicht mehr so ist. Wir fordern trotzdem die Abgeordneten - und an dieser Stelle gilt dies für unser Ratsmitglied Herrn Haase - ihren Standpunkt zu überdenken und alles zu tun, eine Beschlußfassung für die Fusion, die den Widerstand in der ganzen Region hervorgerufen hat, zu verhindern. Geben Sie den Fachhochschulen die Chance, in den nächsten Jahren ihre Kooperationsfähigkeit unter Beweis zu stellen, die Effizienz der Verwaltung zu verbessern und ein innovatives und aufeinander abgestimmtes attraktives Lehrangebot zu schaffen.

Ein Weiteres ist uns wichtig: Wir fordern den Minister auf, dafür zu sorgen, daß die Neuwahl der Präsidentin oder des Präsidenten der FHO ohne weitere Verzögerung durchgeführt werden kann. Halten Sie die dafür notwendigen Unterlagen nicht länger zurück, Herr Oppermann!

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Und wir schlagen vor, eine Emdener Delegation aus Rat, Verwaltung und Fachhochschule zu bilden, die mit Delegationen aus Wilhelmshaven und Oldenburg nach Hannover fährt, um gemeinsam bei der Landesregierung für unsere Position zu streiten."

**Herr Bongartz** führt aus, seiner Fraktion gehe es darum, die Selbständigkeit der FHO zu erhalten und das vor dem Hintergrund des Kooperationsvertrages. Es sei noch gar nicht so lange her, daß das Schreckgespenst der Fusion vom Tisch gekommen sei durch den Abschluß eines Kooperationsvertrages, bei dem alle Fachhochschulen gemeinsam bis zum Jahre 2002 überprüfen sollten, wie sie unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten die beste wirtschaftliche Einheit darstellten. Die Ergebnisse dieses Prozeßes müßten abgewartet werden, um anschließend sagen zu können, was Sinn mache und was geändert werden müsse.

Bereits nach anderthalb Jahren das Ganze abzubrechen und wieder zu fusionieren, halte man auch politisch für nicht in Ordnung. Ebenso finde man es unfair, wenn der Minister zum 25jährigen Jubiläum hier erscheine und viel Glück bei den Kooperationsverträgen wünsche, obwohl er schon eine ganz andere Entscheidung getroffen habe.

Diese Verhaltensweisen schafften ein tiefes Mißtrauen bei den Studenten und Professoren, und von daher sei es verständlich, daß man darauf dränge, diesen Vertrag zu erfüllen, um danach eine vernünftige Lösung zu suchen. Er würde empfehlen, sich in Rheinland-Pfalz zu erkundigen, wo die Landesregierung die Fusion schon wieder beendet und eine Vielzahl kleinerer Fachhochschulen geschaffen habe, weil man der Meinung sei, daß dabei mehr herauskomme. Man sollte sich also dafür einsetzen, daß der Kooperationsvertrag erfüllt werde, um danach eine Entscheidung zu treffen, aber nicht vorher.

(Frau Schmidt-Reinders und Herr Grigull verlassen die Sitzung.)

**Herr Haase** weist darauf hin, daß keine Debatte solche Wellen geschlagen habe wie diese, was auch durch die vielen Stellungnahmen und Unterschriften zum Ausdruck gekommen sei. Folglich sei es logisch, daß der Rat heute über eine Resolution zu entscheiden habe, bei der man als Emdener seine Zustimmung kaum verweigern könne.

Er habe sich darum bemüht, in dem jetzt ablaufenden Prozeß darauf hinzuwirken, daß die Diskussionen nicht nur auf der Emotionsebene, sondern sachlich geführt würden über die Selbständigkeit und die Zukunft der FHO. Der Minister werde am 12. oder 13. Januar in Emden sein, um in einer öffentlichen Veranstaltung in der FHO Rede und Antwort zu stehen.

Die Angst vor Veränderungen verbunden mit dem Festhalten an lieb gewordenen Dingen sei bei gewissen Entscheidungen ein schlechter Ratgeber. Er werde bei der Diskussion ausdrücklich erklären, und dies habe er auch schon öffentlich deutlich gemacht, daß man zu der Kooperation und der Eigenständigkeit der FHO stehe, aber man müsse am Ende sehen, wie die Emdener Position am besten gehalten werden könne.

Nach Meinung von **Herrn Dr. Beisser** hat die Wiederaufnahme der Fusionsdiskussion durch Herrn Minister Oppermann schon jetzt der FHO geschadet. Die Zukunft sei unsicher geworden. Seine Fraktion befürworte diese Resolution, denn einen für 5 Jahre geschlossenen Kooperationsvertrag nach nur anderthalb Jahren wieder zu beenden, sei ein unglaublicher Vertrauensbruch. Bei künftigen Kooperationsangeboten werde sicher Mißtrauen vorherrschen. Er glaube nicht, daß sich die Landesregierung einen guten Dienst erwiesen habe.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über die Vorlage, die sich inhaltlich mit dem Antrag der CDU-Fraktion deckt, abstimmen.

## Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

Beschluß: Der Rat beschließt die der Vorlage 13/726 als Anlage beigefügte Resolution.

Ergebnis: einstimmig  
Enthalt.: 2

(Herr Slieter verläßt die Sitzung.)

Punkt 26: A n t r ä g e

- a) Vorlage 13/725  
Resolution zur Kindergartenfinanzierung;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Herr Züchner** führt aus, seine Fraktion habe der von ihr vorgelegten Resolution nichts hinzuzufügen. Sie sehe auch in dem Vorschlag der SPD-Fraktion keine Verbesserung oder Veränderung. Der kommunale Finanzausgleich unterliege ganz bestimmten Gesetzen, die nicht von den Kommunen bestimmt würden. Man wisse nie, ob die Gelder dort ankämen, wo sie hin sollten. Man habe dies bei der Kommunalisierung der Altenhilfe erlebt. Seine Fraktion warne davor, der Kommunalisierung der Kindergärten zuzustimmen. Wenn das geschehe, werde man sich noch oft damit beschäftigen müssen.

**Herr Mecklenburg** bemerkt, seine Fraktion habe nicht einen Änderungsvorschlag eingebracht, sondern eine eigene Resolution. Man sei sehr betroffen über die Absichten der Landesregierung, und diese hätten auch zu berechtigten Protesten geführt. Es sei in dieser Frage einiges in Bewegung geraten.

Im Zuge der Reform würden mehr und mehr die Aufgaben dorthin verlegt, wo sie anfielen. Den Schulen bleibe es z.B. auch überlassen, mit ihrem Budget zu wirtschaften. Genauso werde es hier geschehen. Seine Fraktion akzeptiere von daher die Kommunalisierung. Ansonsten unterscheide man sich nicht so sehr von der Resolution der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Man wolle, daß auf Landesebene die bisherigen Standards gesichert würden. Es könne nicht so sein, daß in den Nachbargemeinden völlig andere Verhältnisse herrschten. Die Gruppenstärken, die Sozialstaffel der Elternbeiträge, die Personalausstattung und -qualifikation, die Freistellungs- und Verfügungszeiten sowie der Raumbedarf sollten als Mindeststandard gesichert sein. Ebenso wolle man, daß die Personalkosten, die das Land bisher für die Kindergärten ausgegeben habe, auch weiter vom Land bezahlt würden in den kommunalen Finanzausgleich, um die derzeitige Situation zu erhalten. Deshalb bitte er darum, der SPD-Resolution die Zustimmung zu geben.

**Herr Leeker** möchte die Ausführungen von Herrn Mecklenburg insofern korrigieren, als seine Fraktion einen Änderungsantrag einbringe, weil sonst die Frist nicht eingehalten werde. Dies sei im VA klargestellt worden.

**Herr Bongartz** erklärt, er habe schon im VA angesprochen, daß nicht die Landesregierung, sondern die SPD-Fraktion im Landtag, vertreten durch ihre Abgeordneten, diesen Gesetzentwurf eingebracht habe, weil man auf diese Weise das Gesetzgebungsverfahren beschleunigen könne.

Er möchte an den Beschluß des vorherigen Landtages erinnern, daß 100 % der Betreuungs- und Personalkosten von der Landesregierung übernommen würden. Nach der Wahl habe man feststellen müssen, daß es sich um ein sogenanntes Wahlversprechen gehandelt habe, denn jetzt solle eine Kürzung um 20 % erfolgen.

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Er weise darauf hin, daß für den Fall, daß die Landesregierung die Mittel für die Kindergärten kürze und der Rat der Stadt Emden die fehlende Summe übernehme, man dafür die Zustimmung seiner Fraktion habe.

**Herr Dr. Beisser** führt aus, dies sei ein typisches Beispiel, wo Aufgaben kommunalisiert und die Finanzmittel gekürzt würden. Wenn Herr Bongartz die Idee weiterentwickle und der Rat der Stadt Emden beschließe, die Kosten zu übernehmen, dann müsse man sich fragen, wer das am Ende bezahle, nämlich die Eltern durch erhöhte Kindergartenbeiträge, die unausweichlich seien, denn jeder kenne die Finanzsituation der Stadt.

Wenn Herr Haase sage, die Stadt werde die Standards beibehalten, weil man selbst beschließen könne, was man haben wolle, dann müsse man aber ehrlicherweise den Eltern sagen, daß es teurer werde. Seine Fraktion könne deshalb dieser Resolution nicht zustimmen und werde sich der Stimme enthalten.

Nach Angaben von **Herrn Brinkmann** hat die Verwaltung deshalb keine Stellungnahme abgegeben, weil es noch keinen Beschluß des Landtages gebe und man die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt z.Z. nicht kenne. Er möchte aber schon heute darauf hinweisen, daß die Verwaltung keine Vorlage erstellen werde, die zum finanziellen Nachteil der Stadt Emden gereiche. Das könne und wolle sie deshalb nicht, weil man nicht umsonst in den vergangenen Jahren über Finanzierungsmöglichkeiten verhandelt habe, die darauf hinausliefen, daß das Land Niedersachsen einen Kostenanteil übernehme, die Bürger einen Anteil bezahlten und die Stadt Emden das letzte Drittel.

Darüber hinaus weise er heute schon darauf hin, daß bei einer Einstellung in den kommunalen Finanzausgleich zukünftige Kindergartengruppen ausgeschlossen würden. Es seien immerhin noch 4 bis 5 zusätzliche Kindergartengruppen zu installieren, so daß er sich jetzt aber auch in Zukunft außerstande sehe, einen Vorschlag auf Beibehaltung der Standards zu machen. Es sei Sache des Rates, der selber darüber bestimmen könne.

**Herr Haase** betont noch einmal, daß die SPD-Fraktion sich dafür einsetze, hier in Emden einheitliche Standards auf dem bisherigen Niveau zu erhalten. Es hätte eigentlich der 2. Schritt formuliert werden sollen, was aber nicht geschehen sei, weil man noch nicht wisse, was am Ende dabei herauskomme. Es liege noch nichts Beschlußreifes vor. Die Mehrheitsfraktion werde am 15.12.1998 Näheres erfahren. Eine Arbeitsgruppe befasse sich mit diesem Thema.

Für **Herrn Renken** stellt sich nach diesen Ausführungen die Frage, weshalb die Eltern eigentlich auf die Straße gingen, wo man doch nur Gutes wolle. Man habe mit Freude die Ankündigung vernommen, daß die SPD um den Erhalt dieser Standards kämpfen werde und notfalls die Fortschreibung durch die Kommunen leisten wolle. Es gebe den Grundsatzbeschuß, daß die Stadt im Jugendbereich nicht kürzen wolle, was dann aber wohl in der einen oder anderen Richtung erforderlich sei.

Es habe sich gezeigt, daß man das, was einmal im kommunalen Finanzausgleich zur Mänuviermasse geworden sei, nicht mehr kontrollieren könne und keiner mehr wisse, was noch da sei. Außerdem sei zu befürchten, daß im nächsten Jahr weitere Kürzungen vorgenommen würden und man immer mehr aus eigener Tasche drauflegen müsse, um die heutigen Standards zu halten. Seine Fraktion könne daher diesem Antrag so nicht zustimmen.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden faßt die von der SPD-Fraktion mit Schreiben vom 25.11.1998 vorgelegte Resolution zum Kindertagesstättenbereich.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 10  
Enthalt.: 2

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

b) Mißbilligung der Verwaltung;  
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.11.98

**Herr Dr. Kleinschmidt** gibt den Antrag der CDU-Fraktion wie folgt bekannt:

"Der Rat der Stadt Emden nimmt mit Befremden die zu späte Benachrichtigung zum Thema "Müllgebühren" zur Kenntnis und mißbilligt die Vorgehensweise der Verantwortlichen in der Verwaltung."

**Herr Janßen** führt aus, vor gut anderthalb Jahren sei der Haushalt 1997 vorgelegt worden und habe bei dem Punkt Müllgebühren die Bemerkung enthalten, daß diese auskömmlich seien und eine Erhöhung nicht notwendig sei. Vor 4 Wochen habe man dann erfahren, daß im Jahre 1998 mit hohen Verlusten gerechnet werden müsse, wobei das endgültige Ergebnis erst im nächsten Jahr vorliege.

Wenn es richtig sei, daß im Sommer d.J. die Information bei der Verwaltung bezüglich des zu erwartenden Defizits vorgelegen habe, dann hätte man die Fraktionen frühzeitig in die Entscheidungsfindung einbeziehen müssen. Es hätte mehr Zeit zur Verfügung gestanden, in der man noch etwas hätte tun können. Jetzt müsse man innerhalb von 4 Wochen die Sache durchpeitschen. Diese Vorgehensweise der Verwaltung, sehr spät über umfassende Änderungen zu informieren, habe seine Fraktion wütend gemacht.

Der Antrag solle Signalwirkung geben, daß so nicht mit dem Rat umgegangen werden könne. Er werde sicher nicht von allen Fraktionen getragen, die aber trotzdem erklären müßten, wie weit sie mit der Verwaltung zufrieden seien. Seine Fraktion sei es jedenfalls nicht.

**Herr Leeker** teilt mit, seine Fraktion habe den Ausführungen hinsichtlich der Kritik an der Verwaltung nichts hinzuzufügen. Sie empfinde ebenso wie die CDU-Fraktion, daß man sich in diesem Jahr sehr "mißhandelt" fühle, und dies habe er auch in seinen Reden zum Ausdruck gebracht. Von diesem Antrag sei man nicht sonderlich beeindruckt, allerdings möchte er prophezeien, daß man im nächsten Jahr, wenn die Verwaltung wieder mit solchen Dingen kommen sollte, die unter einem derartigen Zeitdruck behandelt werden müßten, schlichtweg die Mitarbeit verweigern werde, weil man das einfach nicht bewältigen könne.

Man habe sich in mühseliger Kleinarbeit darum bemüht, für eine Deckung zu sorgen, und sei auch zu einem Ergebnis gekommen. Er möchte keinem Antrag zustimmen, der eine Mißbilligung beinhalte, sondern würde empfehlen, der Verwaltung gegenüber klar zum Ausdruck zu bringen, daß man das nicht noch einmal mitmache.

Für **Herrn Bolinius** kommt diese Unterstützung zu spät. Er habe schon des öfteren vergeblich um frühzeitige Übersendung von Unterlagen gebeten, z.B. bei der Stiftung für Archangelsk. Wenn man jedesmal einen Mißbilligungsantrag stellen wollte, dann hätte man 25 TOP zu behandeln. In den Diskussionsbeiträgen zu den einzelnen Vorlagen sei alles gesagt worden, so daß seine Fraktion einen Mißbilligungsantrag für überflüssig halte und ablehne. Man sollte sich anders verständigen und vor allem eine bessere Zuarbeit gewährleisten.

**Herr Renken** bestätigt, daß es wirklich außergewöhnlich gewesen sei, was man habe leisten müssen. Seine Fraktion schließe sich dem Antrag der CDU-Fraktion an, um der Verwaltung auf diesem Wege die Meinung zu sagen.

**Herr Brinkmann** hat Verständnis für die Vorwürfe, denn die Beratungszeit sei sehr kurz gewesen, und der Rat sei unter Zugzwang gesetzt worden. Obwohl der Vorwurf nicht direkt ihm gelte, fühle er sich trotzdem angesprochen. Die Verwaltung habe sich zum ersten Mal im Juni mit dieser Situation beschäftigt und habe eine Vorlage erstellen wollen. Er sei dazu gebeten worden und habe angeregt, Alternativen auszuarbeiten. Dies sei ausschließlich der

## Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998

Grund gewesen, weshalb der Rat die Vorlage nicht direkt nach den Sommerferien, sondern erst nach seinem Amtsantritt bekommen habe.

Man müsse akzeptieren, daß ein Großteil der Mitarbeiter nicht mehr zur Verfügung stehe. Der BEE, der sich mit den Aufgabenbereichen Müll- und Abwasserbeseitigung beschäftige, befinde sich in der Gründung. Eines der Hauptziele im nächsten Jahr werde es sein, den BEE in den Stand zu versetzen, nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu arbeiten, um dann in einem geordneten Betriebswesen rechtzeitig Vorlagen und Zwischenberichte vorlegen zu können. Er bitte deshalb um Nachsicht und Geduld. Man sei auf dem richtigen Weg.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluß: Der Antrag wird abgelehnt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dafür: 21  
Dagegen: 10

Punkt 27: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/700  
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 1997 des Vereins für Rettungsdienst, Krankentransporte und soziale Hilfsdienste e.V. (RKsH)

Kenntnis genommen.

- - - - -

2. Vorlage 13/703  
Unternehmensleitbild der Stadt Emden

**Herr Brinkmann** möchte sich bei allen Mitarbeitern, die mit der Erstellung des Leitbildes beschäftigt gewesen seien, herzlich bedanken. Er glaube, daß es ein gutes Leitbild geworden sei, das künftig das Handeln der Verwaltung bestimmen solle.

Kenntnis genommen.

(Herr Bongartz verläßt die Sitzung.)

Anfragen der Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

Herr Prof. Dr. Klaus Kehl bedankt sich beim Rat der Stadt Emden für die Verabschiedung der Resolution, mit der die Eigenständigkeit der Fachhochschulen Oldenburg, Emden und Wilhelmshaven gefordert wird.

**Herr Dr. Kleinschmidt** möchte anläßlich der voraussichtlich letzten Ratssitzung in diesem Jahr einige abschließende Worte an die Versammlung richten.

"Zunächst einmal folgendes:

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 03.12.1998**

---

Damen un Heren,

wi düren van nu an ok platt proten up uns Ratsversammeln. Siet ehrgüstern, de 1. Dez. 1998, is de Europäisch Charta van de Streektalen of Minnerheidspraken ok hier bi uns in Dütshland in Kraft treden. Dat heet, dat dat Plattdüts nu ook offiziell un politisch n'heel Enn uptillt is.

Ji können nu mit de Behörden un Gerichten up plattdüts verkehren, un dat in Woord un Schrift, un de Staaten - so bi uns dat Land Nedersassen - hebben sück verpflichtet, de platt-dütse Spraak n'besünner Stön tau geven. Dat is nu Gesetz, un wi können mal mit'nanner overleggen, of wi neet mal up'n Ratssitzung platt proten. In't Verwaltung giffit dat all, Ji können dat hören, wenn Ji mal anraupen un verbunden worrn.

Und nun, meine Damen und Herren, noch ein paar besinnliche Worte.

Es gab im ablaufenden Jahr für den Rat eine wesentliche Veränderung, denn wir haben eine neue verfassungsmäßige Ordnung durch die Einführung der Eingleisigkeit bekommen. Dabei hat es ein wenig geknirscht, und es gab einige Irritationen, die wir - so hoffe ich - überwinden können oder schon überwunden haben.

Weihnachten steht vor der Tür, und zum Weihnachtsfest verkünden oder besser verkündigen die christlichen Gemeinschaften im wesentlichen zwei Botschaften:

1. Frieden auf Erden und
2. Nächstenliebe.

Frieden auf Erden, meine Damen und Herren: Ein frommer Wunsch?

Ja, es ist ein frommer Wunsch! Zunächst einmal deswegen, weil er von den christlichen Kirchen formuliert wird, aber auch besonders in seiner sprichwörtlichen Bedeutung als ein Wunsch, der unerfüllbar bleibt.

Wir haben das Glück und müssen dafür dankbar sein, daß wir mehr als 50 Jahre von kriegerischen Ereignissen verschont geblieben sind. Aber überall in der Welt, auch direkt vor unserer Haustür in Europa, gibt es Krieg.

Unser Wunsch für das nächste Jahr kann nur sein, daß es auf dem Wege zum Frieden auf Erden ein kleines Stück vorangeht. Voraussetzung dafür aber ist, im persönlichen Nahbereich zu beginnen, und damit komme ich zu der erwähnten 2. Botschaft, der Nächstenliebe.

Damit ist ja nicht nur gemeint eine Hilfeleistung im caritativen Sinne, sondern auch - und dabei sagen es Fremdworte vielleicht deutlicher und verständlicher - Toleranz und Fairneß im Umgang miteinander.

Besonders auf diese 2. Botschaft sollten wir hören, meine Damen und Herren, und in diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen, den Mitgliedern des Rates, der Verwaltung, aber auch allen Anwesenden, der Presse und den Zuhörern und darüber hinaus mit Ihrem Einverständnis und in Ihrem Namen allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes und friedvolles Neues Jahr."

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 22.00 Uhr.